

A photograph of a young child being held upside down by their legs. The child's face is the central focus, looking upwards with a slight smile. They are wearing a green shirt and dark blue shorts. The child's legs are spread apart, and they are wearing dark blue sandals. The child is positioned over a puddle of water, which reflects their face and legs. In the background, a white car is partially visible on a paved surface. The overall scene is outdoors.

NRW  
DIE FRAKTION

**SPD**

**NRW STARK UND GERECHT.**  
**#MACHEN\_WIR**

[www.spd-fraktion-nrw.de](http://www.spd-fraktion-nrw.de)

EINE ZWISCHENBILANZ

# INHALT

- 01 EINE ZWISCHENBILANZ DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG NRW
- 02 INHALT
- 03 **NRW STARK UND GERECHT – EINLEITUNG**
- WIR WARTEN DIE ZUKUNFT NICHT AB. WIR GESTALTEN SIE – JETZT.
- .....
- 10 **#1 KEIN KIND ZURÜCKLASSEN**
- BESTE BILDUNG VON DER KITA BIS ZUR UNI
- .....
- 26 **#2 STARKE WIRTSCHAFT DURCH GUTE ARBEIT**
- NRW IST STARK, FORTSCHRITTLICH UND MOBIL
- .....
- 38 **#3 LEBEN MITEINANDER GESTALTEN**
- MIT DEN MENSCHEN FÜR DIE MENSCHEN: NRW HÄLT ZUSAMMEN
- .....
- 50 **#4 BUNT UND VIELFÄLTIG – WOHLFÜHLEN IM ZUHAUSE**
- DIE HEIMAT VOR DER HAUSTÜR
- .....
- 64 **#5 STARKE STÄDTE – STARKES LAND**
- STADT UND LAND: GEMEINSAM NEUE WEGE GEHEN
- .....
- 74 **#6 SOLIDE HAUSHALTEN FÜR DIE ZUKUNFT**
- KONSOLIDIERUNG DES LANDESETATS UND STEUERGERECHTIGKEIT
- 83 IMPRESSUM

---

**WIR WARTEN DIE  
ZUKUNFT NICHT AB.**

**WIR GESTALTEN SIE  
– JETZT.**

---



Nordrhein-Westfalen ist mehr als nur das einwohnerreichste Bundesland. Viel mehr! Es ist das Land mit der höchsten Wirtschaftsleistung, der größten Energieproduktion und den meisten Investitionen ausländischer Unternehmen. Laut einer Studie für die britische Wirtschaftszeitung „Foreign Direct Investment Magazine“ ist Nordrhein-Westfalen die Zukunftsregion Nummer 1 in Europa.

Kein Land hat mehr Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen. Nirgendwo gibt es mehr Museen, Theater oder Sportvereine. Wäre NRW ein unabhängiger Staat, fände man es unter den Top 10 der stärksten Länder der Europäischen Union: als Volkswirtschaft, als Wissenschaftsland und als Zentrum europäischer Kunst und Kultur. Und auch das ist Nordrhein-Westfalen: ein Integrationsland. Hier leben mehr Menschen mit Migrationsgeschichte als andere Länder Einwohner haben.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit großen Stärken und vielen Erfolgen. Gleichzeitig ist es ein Land, das ernste Probleme lösen und neue Herausforderungen bewältigen muss. Die Herausforderungen nutzen wir für Innovationen. Die

Probleme gehen wir an. Schritt für Schritt. Mit Ehrgeiz, Realismus und den Werten der sozialen Demokratie.

## **WOFÜR WIR STEHEN**

Was macht ein Land stark? Es sind die Fähigkeiten und Talente seiner Bürgerinnen und Bürger, ihre Tatkraft und ihr Gemeinsinn. Es ist die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Selbstbestimmung gibt es nur in einer sozialen Demokratie. Sie setzt der ungewollten Fremdbestimmung durch den Markt Grenzen, wenn sie den Menschen die Kontrolle über die Regeln ihrer Lebens- und Arbeitswelt zu entreißen droht.

Wer von Arbeitslosigkeit betroffen ist, sich Bildung und Fortbildung nicht leisten kann oder wer nur prekäre Beschäftigung findet, führt kein selbstbestimmtes Leben. Wenn gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Wunsch nach Kindern und Familie nur durch Nachteile im Beruf erkaufen können, dann sind sie in einem Ausmaß fremdbestimmt, das ungerecht ist.

Wer jedes Risiko fürchten muss, weil jeder Fehler und jedes Unglück zu einer

---

**WIR WARTEN DIE  
ZUKUNFT NICHT AB.**

**WIR GESTALTEN SIE  
– JETZT.**

---

existenziellen Bedrohung wird, kann weder flexibel sein noch seine individuellen Möglichkeiten nutzen. Selbstbestimmung ist nur dann möglich, wenn es verlässliche soziale Sicherheit gibt, die es erlaubt, etwas zu wagen und Initiative zu ergreifen. Selbstbestimmung ist das genaue Gegenteil jener kalten „Eigenverantwortung“, die das Leben von Menschen allein der Logik des Marktes unterwirft.

Wir wollen eine starke öffentliche Hand, die Selbstbestimmung schützt und Gemeinsinn stiftet, die Menschen voller Tatendrang anschiebt und sie im Notfall

auch auffängt. Wir wollen eine öffentliche Hand, deren Leistungen allen Menschen zugutekommen, und zwar abhängig von den Herausforderungen ihrer persönlichen Lebenssituation. Es gibt Menschen, die haben keine Arbeit – andere haben viel zu viel, aber keine Zeit für die Familie. Es gibt junge, gut ausgebildete Frauen, die sich selbstständig machen wollen, die einen Meister-Betrieb eröffnen oder in ihrer Firma aufsteigen wollen. Aber weil sie Alleinerziehende sind, schaffen sie das ohne Hilfe nicht. Es gibt Arbeitnehmer, die sich fortbilden wollen, aber nicht wissen wie sie das finanzieren sollen. Und natürlich gibt es immer noch viel zu viele Kinder, deren Lebenschancen allein durch die Herkunft oder das Einkommen ihrer Eltern begrenzt werden. Für alle diese Menschen machen wir Politik.

Unser Leitbild für Nordrhein-Westfalen ist eine Gesellschaft, in der die Hoffnung auf sozialen Aufstieg weitaus realistischer ist als die Angst vor dem Abstieg. Wohlstand und Sicherheit sind die Regel, Armut und exorbitanter Reichtum eine Ausnahme. Unser Leitbild ist eine Gesellschaft, in der das Prinzip echter Leistungsgerechtigkeit



Foto: dpa

gilt: Unterschiede bei Einkommen und Vermögen dürfen nur durch Unterschiede bei Leistung und Talenten entstehen, nicht aber durch ungerechte Privilegien für Wenige.

Die Basis für Gerechtigkeit und Wohlstand ist eine starke Wirtschaft. Unsere Unternehmen sind umso stärker, je mehr gut- und hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sie finden. Angesichts des demografischen Wandels – sie werden älter und weniger – können wir es nicht mehr hinnehmen, dass uns Bildungsarmut so vieler Fähigkeiten und Talente beraubt. Wir wollen für NRW die beste Bildung – von der Kita bis zur Uni.

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind der Kraftstoff für den Wirtschaftsmotor NRW. Wir sind davon überzeugt, dass ökonomische und technologische Innovationen zu gesellschaftlichem Fortschritt führen. Nicht alles, was machbar ist, ist auch wünschenswert. Aber vieles, was wünschenswert ist, werden wir nur durch die gegenseitige Bereicherung von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft verwirklichen können.

Soziale Sicherheit und individuelle Selbstbestimmung erfahren Menschen in ihrem Alltag, dort wo sie leben und arbeiten. Wir wollen ein Land mit starken und lebenswerten Städten und Gemeinden, Wohnvierteln, Quartieren und Siedlungen. Sie sollen den Menschen ein Zuhause sein, weil sie hier nicht nur nebeneinander, sondern vor allem miteinander leben.

Das ist immer dann der Fall, wenn es hier eine offene und tolerante Gesellschaft mit einem lebendigen Kulturleben gibt, wenn Integration gelingt und jeder Anteil an lokaler Demokratie haben kann.

## **WAS WIR TUN**

Wirtschaftliche Stärke, individuelle Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Mehr noch: Sie bedingen einander. Nordrhein-Westfalen wird stärker, wenn es gerechter wird. Noch sind wir nicht am Ziel. In den vergangenen vier Jahren haben wir aber viel in Bewegung gesetzt und schon einiges erreicht.

## **KEIN KIND ZURÜCKLASSEN**

NRW ist das Modellland für eine vorbeugende Familien-, Sozial- und Bildungspolitik. Durch sie bekämpfen wir Bildungsarmut, Arbeitslosigkeit und den Verlust von Lebenschancen, bevor sie überhaupt entstehen. In 18 Kommunen wird das Modell getestet. Mit Erfolg. Wenn wir uns von Anfang an um jedes Kind kümmern, keines mehr zurücklassen, dann verhindern wir soziale Notlagen, sparen teure Transferleistungen und geben allen Kindern die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Kinderbetreuung, wie Eltern sie brauchen: Zum Kindergartenjahr 2014/15 sind in NRW mehr als 155.000 Kitaplätze für Unterdreijährige vorhanden. Im Vergleich zu 2010 ist das eine Steigerung von 43 Prozent. Insgesamt gibt es mehr als 600.000 Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter. Weil wir zudem die Mitspracherechte der Eltern erweitert haben, passen sich die Betreuungszeiten mehr und mehr ihren Bedürfnissen an. Wir wissen auch, dass der bedrückende Konflikt zwischen Familie und Beruf mit der Kita- und Schulzeit nicht endet. Deshalb setzen wir auf offene Ganztagschulen. Sie sind ein Erfolgsmodell, ihre Anzahl wächst stetig. Kein Bundesland hat ein größeres Ganztagsangebot als NRW. Hier bieten 71 Prozent aller



Schulen (Primar- und Sekundarstufe 1) eine Ganztagsbetreuung. Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt sind es 51 Prozent, in Bayern nur 46 Prozent und in Baden-Württemberg nur 29 Prozent.

Nicht zuletzt: Wir entlasten Eltern nicht nur zeitlich, sondern auch finanziell: Seit 2011 ist das letzte Kita-Jahr gebührenfrei. Unser Ziel, frühkindliche Bildung und Betreuung von Gebühren zu befreien, lassen wir nicht aus den Augen.

## **BILDUNG FÜR DIE JÜNGSTEN**

Kitas bieten aber mehr als eine flexible Betreuung: Sie sind Orte frühkindlicher Bildung. Durch unser Kinderbildungsgesetz stehen nun zwei Milliarden Euro dafür zur Verfügung – ein Rekordwert.

## **DIE SCHULE DER ZUKUNFT**

Mit dem Schulkonsens haben wir den jahrzehntelangen Streit um Schulformen beendet. Jetzt können die Kommunen

selbst entscheiden, welche Schule für das beste Bildungsangebot vor Ort nötig ist. Entscheidend ist, dass Bildungswege nicht mehr zu früh festgelegt werden, dass sie offen sind und allen Kindern einen erfolgreichen Start ins Berufsleben ermöglichen. Längeres gemeinsames Lernen – die wichtigste Konsequenz aus allen PISA-Studien – wird in NRW mehr und mehr Wirklichkeit. Die Lehrerbildung wird verbessert, die Standards steigen und die Klassengrößen sinken.

## **HOCHSCHULEN FÜR INNOVATION**

In NRW wird an 71 Hochschulen und mehr als 40 außeruniversitären Wissenschaftszentren geforscht und entwickelt. NRW ist das Wissenschaftsland Nummer 1 in Deutschland und Europa. Seit 2010 haben wir die Finanzmittel für alle Universitäten und Hochschulen um 30 Prozent erhöht, denn sie sind Entwicklungszentren für technologische Innovationen und Basislager für sozialen Aufstieg.

Weil Fachhochschulen Wirtschaft und Wissenschaft direkt verzahnen, bauen wir sie aus. Mit einer neuen Forschungsstrategie konzentrieren wir die Wissenschaftsförderung des Landes auf die großen Herausforderungen der Zukunft: Energie und intelligente Produktionstechnologie, demografischer Wandel und Gesundheit. Es geht uns um gesellschaftlichen Fortschritt. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen.

## AUFBRUCH: INDUSTRIE 4.0

Es gibt keine „postindustrielle“ Ökonomie. Es gibt nur industrialisierte oder deindustrialisierte Volkswirtschaften. Industrie und Produzierendes Gewerbe sind die Kraftwerke, die alle anderen Wirtschaftsbereiche mit ökonomischer Energie versorgen. NRW ist das industrielle Kraftwerk der Bundesrepublik, mit einer überdurchschnittlichen Exportquote und den höchsten Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen.

Wir stützen das klassische produzierende Gewerbe und schützen seine Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig brechen wir in ein neues Zeitalter auf. NRW wird zum Land der Industrie 4.0 – mit intelligenten und digitalisierten Produktions- und Dienstleistungsketten. Wir unterstützen die Verzahnung von klassischen Industrien mit innovativen IT-Unternehmen, fördern Forschungs- und Innovationscluster und sichern den Vorsprung unserer neuen Effizienzindustrien.

„Intelligentes Produzieren“ wird ein Markenkern des Industrielandes NRW. Schon heute liegt das Land im Hinblick auf digitale Kompetenz, Vielfalt und Zugänglichkeit auf Platz 1 in Deutschland – und zwar mit deutlichem Abstand vor allen anderen Bundesländern.

## NEUE ENERGIE

NRW ist das Pionierland einer modernen Energiepolitik. Wir senken die CO<sup>2</sup>-Emissionen und sorgen gleichzeitig für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Auf Bundesebene haben wir die Begrenzung der EEG-Umlage durchgesetzt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu schützen gewünscht. Im Gegenzug sind wir das erste Bundesland, das ein eigenes Klimaschutzgesetz mit ehrgeizigen Zielen umsetzt.

Mehr noch: Wir nutzen die Energiewende für eine Innovationsoffensive. NRW ist die weltweit führende Region in der Energieforschung. Wir fördern Energieeffizienz in der mittelständischen Wirtschaft und werden zum Exportland für Hochtechnologie in den Bereichen Energie- und Ressourcennutzung.

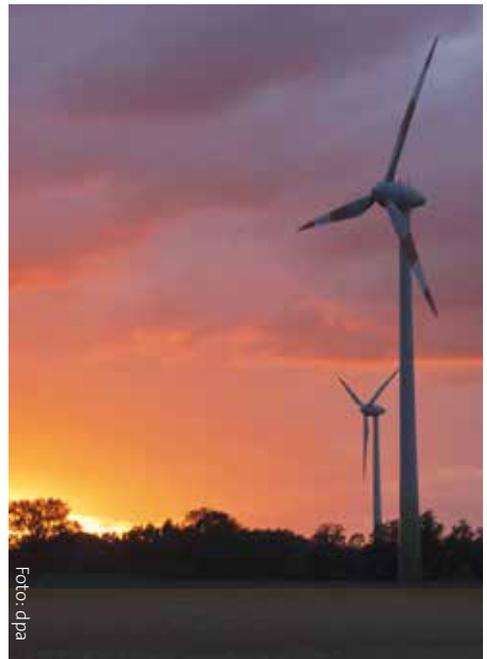


Foto: dpa

## BESSERE REGELN FÜR GUTE ARBEIT

Jede gut gemachte Arbeit verdient Respekt und Anerkennung. Aber nicht jede Arbeit ist gute Arbeit. Das wird sie erst durch angemessene Bezahlung, soziale Sicherheit und Mitbestimmung. Auf Bundesebene haben wir den gesetzlichen Mindestlohn erkämpft. Von ihm werden 1,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in NRW profitieren. Wir haben ein eigenes Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes auf den Weg gebracht. Es schützt Beschäftigte vor Sozialdumping und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Wir haben die Mitbestimmungsrechte für die rund 600.000 Beschäftigten im Öffentlichen Dienst deutlich verbessert. NRW ist wieder ein Mitbestimmungsland.

## LEBENSWERTE KOMMUNEN

Was macht eine Stadt lebenswert? Ein lebendiges Kultur- und Vereinsleben gehört genauso dazu wie attraktive Einkaufsmöglichkeiten und ein guter öffentlicher Nahverkehr. Nicht zuletzt setzt Lebensqualität auch Sicherheit, medizinische Versorgung und bezahlbaren Wohnraum voraus. Aber all das können unsere Städte und Gemeinden nur dann bieten, wenn sie auch über die entsprechenden Finanzmittel verfügen. Seitdem wir regieren, haben wir die direkten Landesmittel für unsere Städte und Gemeinden auf den Rekordwert von rund zehn Milliarden Euro erhöht. Heute kommt fast ein Drittel des gesamten Landeshaushaltes bei den Kommunen an. Mit Hilfe unseres



Foto: dpa



Stärkungspaktes erhalten alle Städte, die durch die Last von Sozial- und Transferleistungen fast erdrückt werden, wieder eine Zukunftsperspektive. Sie sehen Licht am Ende des Tunnels.

## **ZUKUNFT ZÄHLT, NICHT HERKUNFT**

Nordrhein-Westfalen war schon immer ein Einwanderungsland. Heute leben hier mehr als vier Millionen Menschen, deren Familien seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind. Als Bürgerinnen und Bürger gehören alle Menschen zu diesem Land, ganz gleich ob sie glauben oder nicht glauben, ob sie Christen, Juden, Muslime oder Agnostiker sind. Weil man Menschen nicht von ihren innersten Überzeugungen trennen kann, ist es selbstverständlich, dass auch der Islam zu unserem Land gehört. Wir etablieren den islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und erleichtern muslimische Bestattungen. Die beste Integrationspolitik ist aber eine gute Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, die auf unterschiedliche

Bedürfnisse und Probleme zugeschnitten wird. Wir erhöhen den Anteil von Einwanderern im öffentlichen Dienst und fördern ihr Unternehmertum.

Was Menschen unterscheidet, muss sie noch lange nicht trennen. Im Gegenteil: Vielfalt macht uns stärker. Unsere gemeinsame Zukunft zählt, nicht unsere Herkunft.

Nordrhein-Westfalen ist das wichtigste Bundesland. Deutschlands Stärken und Schwächen, seine Erfolge und seine Probleme spiegeln sich hier wie in einem Vergrößerungsglas wider. Seien es die Energiewende oder der demografische Wandel oder der Zusammenhalt unserer Gesellschaft, ob Integration und Bildungsgerechtigkeit oder die Stärke unserer Wirtschaft: In NRW entscheidet sich Deutschlands Zukunft.

**WIR WARTEN DIE ZUKUNFT  
NICHT AB.  
WIR GESTALTEN SIE – JETZT!**



#1

# KEIN KIND ZURÜCKKLASSEN

MEHR BILDUNGSCHANCEN DURCH

67.000 NEUE  
KITA-PLÄTZE SEIT  
2010 FÜR  
UNTERDREIJÄHRIGE.

UND 207 SCHULEN DES  
LÄNGEREN GEMEINSAMEN LERNENS.

*Wir wollen jedem Kind alle Chancen geben. Das ist eine Herkulesaufgabe. Denn bislang entscheiden allzu oft nicht Talent und Potenzial über die Zukunft der Kinder, sondern Einkommen oder Herkunft der Eltern. Damit finden wir uns nicht ab! Mit jedem Kind, das mitgenommen wird, gewinnt unsere Gesellschaft einen Facharbeiter, eine Ingenieurin oder einen Unternehmer mehr. Wichtiger noch: Ein weiterer Mensch bekommt die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Dafür stellen wir die richtigen Weichen in NRW.*



## BESTE BILDUNG VON DER KITA BIS ZUR UNI

**Wir wollen kein Kind zurücklassen. Jedes Kind hat einen Anspruch auf eine eigene selbstbestimmte Zukunft. Wir können uns die Vergeudung von Talenten und Begabungen nicht mehr leisten.**

Ob es die soziale Ungleichheit ist oder die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen – viele Probleme in NRW sind die Spätfolgen eines gesellschaftlichen Missstandes: Bildungsarmut. Sie raubt zu vielen Menschen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben, sie bremst die Entwicklung unserer Wirtschaft. Und sie ist zudem noch extrem teuer, die Reparaturkosten sind immens. Das haben wir erkannt und das werden wir ändern.

Wir wollen, dass jedem Kind in NRW alle Wege offen stehen. Jedes Mädchen, jeder Junge soll den Weg einschlagen können,

der seinem Können und seinem Fleiß entspricht. Der Weg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Seit unserem Regierungsantritt im Jahr 2010 beseitigen wir Ungerechtigkeiten im Bildungssystem.

Wir setzen uns für eine vorbeugende Familien-, Sozial- und Bildungspolitik von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule ein. Denn wir wissen: Vorbeugung lohnt sich und hilft spätere Reparaturleistungen zu vermeiden. Deshalb haben wir den Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens im Schulkonsens verankert. Wir setzen das Motto „Kein Kind zurücklassen“ in konkrete



Als erstes Bundesland hat NRW sogenannte Familienzentren auf den Weg gebracht. Diese Einrichtungen sollen auch zur Qualitätssteigerung in der frühkindlichen Bildung und Förderung beitragen. Inzwischen gibt es in NRW etwa 3.200 Kitas, die ihre Arbeit als Familienzentrum organisieren.

Jeder Euro, der heute für Bildung, Betreuung, Familien, und Förderung junger Menschen ausgegeben wird, ist eine gute Investition in die Zukunft.



Politik um: Wir haben die Gebühren für das Studium und das letzte Kindergartenjahr abgeschafft; wir haben die Sekundarschule eingeführt und haben dieses Modellprojekt aus der Taufe gehoben.

Doch unser Anspruch geht noch weiter: Wir wollen nicht nur mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen die beste Bildung – und zwar für alle Kinder. Davon profitieren auch ihre Eltern. Was nutzen erste Erfolge im Beruf, wenn sie für eine Familiengründung wieder aufgegeben werden müssen.

Aus diesem Grund knüpfen wir ein Netz aus Bildungs- und Betreuungsangeboten, das jungen Eltern mehr Sicherheit in der modernen Arbeitswelt gibt. Wir leisten unseren Beitrag dazu, dass die Sorge um die bestmögliche Bildung für ihre Kinder und der Zeitdruck geringer ausfallen und die Kosten nicht überhand nehmen.

Wir sind noch nicht am Ziel, aber die ersten Erfolge sind sichtbar: Immer mehr Kinder erhalten immer bessere Bildungschancen.

## BESTE BILDUNG IN DER KITA

### 155.000 U3-KITA-PLÄTZE

Die Situation bei Regierungsantritt war desolat: NRW hatte viel zu wenige Betreuungspätze für Kinder unter drei Jahren, war bundesweit Schlusslicht. Das Ziel, den gesetzlichen Anspruch der Eltern zu erfüllen und die dafür erforderliche Quote zu erreichen, schien weit entfernt. Doch wir haben es geschafft. Zum Kindergartenjahr 2013/2014 konnte Familienministerin Ute Schäfer Vollzug melden: 145.000 Plätze für Unterdreijährige standen landesweit zur Verfügung. Im Jahr 2014/2015 steigt die Zahl auf mehr als 155.000 Plätze. Das sind rund 67.000 Plätze mehr als noch 2010. Dafür hat das Land weitere 440 Millionen Euro in das System gegeben. Und der Ausbau geht weiter – schnell, unbürokratisch und in enger Kooperation mit den Trägern und Kommunen.

### KITA-GEBÜHREN

Das alte Kinderbildungsgesetz (KiBiz) hatte schwere Webfehler – darin war sich die SPD mit dem Koalitionspartner, aber auch mit den Eltern, Erzieherinnen, Erziehern und Trägerorganisationen einig. Unser erstes KiBiz-Änderungsgesetz reparierte erst einmal die dringendsten Schäden, die CDU und FDP angerichtet hatten. Es gab vor allem mehr Geld für das Personal: Mit 145 Millionen Euro im Jahr erhielten die Träger einen größeren Spielraum im U3-Bereich. Dies wurde im Jahr 2011 beschlossen und entlastete die Kitas auch von Bürokratie. Das Ergebnis: mehr Zeit für die Kleinen. Das letzte Kindergartenjahr wurde zudem gebührenfrei. Das Land übernimmt seitdem die Kosten in Höhe von mindestens 145 Millionen Euro jährlich, 2014/15 sind es 152 Millionen Euro. Das entlastet zum Bei-



Foto: dpa

## ÖFFENTLICHE AUSGABEN FÜR KINDERTAGESEINRICHTUNGEN IN NRW



spiel eine Facharbeiterfamilie in Essen mit rund 47.000 Euro Brutto-Jahreseinkommen um 1.600 Euro netto jährlich.

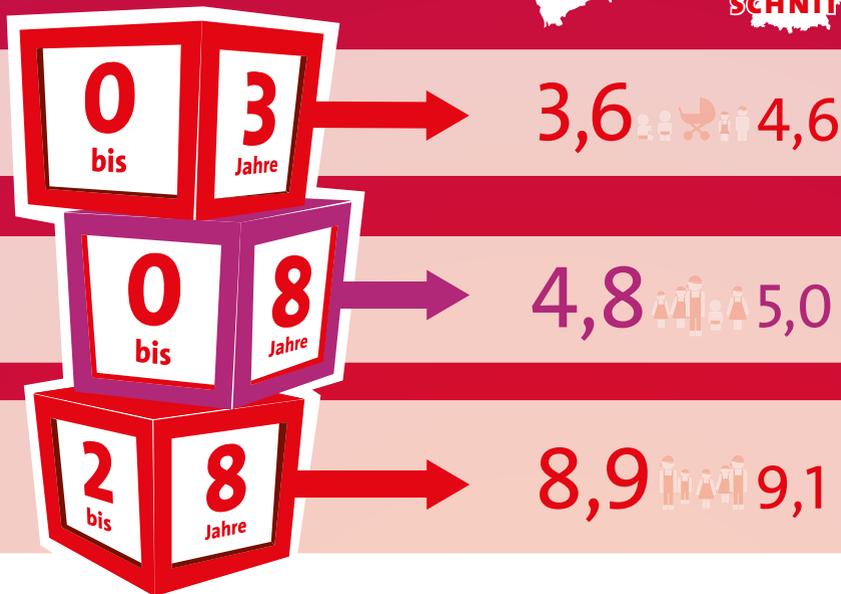
### BESSERE BILDUNG IN DER KITA

Kindertagesstätten galten früher als reine Betreuungseinrichtungen, als bessere Verwahrstätten. Dieses Bild passt schon lange nicht mehr in den Alltag der Familien. Heutzutage benötigen die Familien Zeit, Geld und Kinderbetreuung. Doch die konservative Familien- und Sozialpolitik von CDU und FDP wollte den Zeitgeist anders prägen und entwarf ein Gegenmodell.

Zementiert wurde dies im Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Das hatte aber nichts mehr mit der Lebenswirklichkeit der Eltern und Kinder in diesem Land zu tun: Im 21. Jahrhundert erwarten Väter und Mütter, dass ihre Kinder nicht nur betreut werden, sondern Anregungen und Impulse erhalten, die sie neugierig machen, die sie fordern, ohne sie zu überfordern. Zudem muss das Angebot möglichst passgenau sein, um Eltern und Alleinerziehenden eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Aus diesem Grund hatte die zweite Stufe unserer KiBiz-Änderungen zwei Stoßrich-

## BETREUTE KINDER JE PERSONALSTELLE (PERSONALSCHLÜSSEL) IN NRW UND IM BUNDESDURCHSCHNITT 2013

### GRUPPENFORM



tungen: Zum einem wurde der ungeliebte und nicht praktikable Sprachtest Delfin4 durch eine praxisnahe Sprachförderung in den Einrichtungen abgelöst. Zum anderen wurde gewährleistet, dass die Kinder, die keine Kitas besuchen, weiterhin getestet werden.

Heute fördern wir nach dem Grundsatz „Ungleiches wird ungleich behandelt“ und unterstützen Kitas in problematischen Stadtteilen besonders intensiv: Einrichtungen, die einen besonders hohen Anteil

von Eltern haben, die Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) beziehen, erhalten mindestens 25.000 Euro zusätzlich im Jahr. Darüber hinaus bekommt jede Kita mit zwei bis vier Gruppen nochmals je Gruppe 2.000 Euro.

Für beide Reformstufen nimmt das Land viel Geld in die Hand, zusammen bedeuten sie ein strukturelles Plus von 390 Millionen Euro im Jahr. Es war ein Kraftakt, die frühkindliche Bildung bei gleichzeitigem Ausbau der U3-Plätze leistungsfähig für

die Zukunft zu machen. Die Finanzlage des Landes ist angespannt, Sparziele müssen eingehalten werden. Doch wir haben klare Prioritäten gesetzt. Und deshalb gibt das Land nun insgesamt zwei Milliarden Euro jährlich für die frühkindliche Bildung aus. Das ist doppelt so viel wie im Jahr 2010, also bei Regierungsantritt. Im bundesweiten Vergleich ist das ein sehr guter Wert.

### **DIE ELTERN ENTSCHEIDEN MIT**

Eltern können nun mitberaten und mitgestalten. Denn niemand kennt die Belange der Kinder besser als sie. Ihre Stimme findet Gehör: In Beiräten in den Einrichtungen, auf kommunaler Ebene, auf Landesebene, im Landeselternbeirat Kita. Das zeigt bereits Erfolge, zum Beispiel in der Frage der Öffnungszeiten, die sich immer besser an den individuellen Bedürfnissen orientieren, in der Ausgestaltung des Kita-Alltags.

### **VORBEUGUNG FUNKTIONIERT**

Die Zwischenbilanz belegt es: Das Modellprojekt „Kein Kind zurücklassen“ ist ein voller Erfolg. 18 Städte, Gemeinden und Kreise beteiligen sich daran, koordiniert und angestoßen wurde es von der Landesregierung und der Bertelsmann Stiftung. Natürlich ist das Motto „Kein Kind zurücklassen“ mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft verbunden. Sie hat zweieinhalb Jahre nach dem Start erklärt: „Wir können heute sagen: Vorbeugung funktioniert.“ Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2010 haben SPD und Grüne gezielt in die Bildung, in den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten – also in Kinder – investiert. Die 18 Modellkommunen haben eine beeindruckende Palette von Angeboten erarbeitet: vom Screeningverfahren für Neugeborene in Moers bis zur individuellen Bildungsbegleitung in den Beruf in Hamm.



Foto: dpa



## **VORBEUGUNG LOHNT SICH**

Im Mittelpunkt unserer Politik der Vorbeugung steht der Mensch. Wir wollen die Familien stärken und den Kindern durch gezielte Hilfen und Weichenstellungen den Weg zu einem selbstbestimmten Leben ebnen. Das ist das zentrale Anliegen. Doch es gibt auch einen ökonomischen Aspekt: Wir wollen die steigenden Ausgaben für soziale Reparaturkosten minimieren. Das ist ehrgeizig. Erste Erfolge sind sichtbar. In Bielefeld wurde eine frühzeitige und individualisierte Unterstützung für Kinder und Eltern angeboten, die alleine nicht zurechtkamen. Die Alternative wäre das Pauschalangebot von Betreuung in Tagesgruppen gewesen. Diese Tagesgruppenplätze sind teuer, werden aber den individuellen Bedürfnissen nicht im gleichen Maße gerecht. Also konnten Tagesgruppenplätze abgebaut werden. Das sparte 260.000 Euro.

Das Modellprojekt läuft noch bis zum

kommenden Jahr. Die Ergebnisse werden sorgfältig ausgewertet. Eines zeichnet sich jetzt schon deutlich ab: Die teilnehmenden Kommunen haben viele Ideen und Konzepte entwickelt, die für andere Städte und Gemeinden einen wertvollen Fundus für deren Arbeit bilden.

Teilnehmende Städte und Landkreise sind Arnsberg, Bielefeld, Dormagen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hamm, der Kreis Düren, der Kreis Unna, der Kreis Warendorf, Moers, Mönchengladbach, Münster, Oberhausen, Witten und Wuppertal.

## **MEHR GELD FÜR DIE JUGEND**

Das zentrale Instrument für die Arbeit mit Jugendlichen ist der Jugendförderplan des Landes. Mit ihm werden viele Projekte in den Kommunen und von Jugendverbänden unterstützt. Wir haben ihn finanziell deutlich besser ausgestattet: Er ist nun 100 Millionen Euro stark, 20 Millionen Euro mehr als noch vor unserem Regierungsantritt.

## **VERSprochen**

Für uns stehen die Kinder und ihre Eltern im Mittelpunkt. Deshalb wollen wir unser Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger gestalten. Das Ziel ist beste Bildung für alle. Wir wollen kein Kind zurücklassen.

## **ERREICHT**

### ■ **Gigantischer Ausbau der Kita-Plätze/Aufwertung der frühen Bildung**

- 2013/14: auf 144.831 Plätze für Unterdreijährige, 2014/15: auf 155.571 Plätze. Seit 2010 sind das 66.907 neue U3-Plätze. Das sind mehr als doppelt so viele wie noch 2010/2011.
- Seit dem Regierungswechsel 2010 hat das Land an die Kommunen rund 928 Millionen Euro für den U3-Ausbau bis Ende 2014 gezahlt. Das ist fast doppelt so viel wie unter der CDU/FDP-Regierung.
- Bis 2018 unterstützt das Land die Kommunen insgesamt mit rund 1,4 Milliarden Euro bei den Kosten für den U3-Ausbau.
- Etwa 250 Millionen Euro zahlt das Land zudem jährlich für zusätzliches Personal und Qualifizierungsmaßnahmen.
- Rund 2.950 Kitas arbeiteten 2012/13 als Familienzentren, 2014/15 sind es 3.200.
- Seit 2011 ist das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei.

## **VORHABEN**

Gemeinsam mit den Kommunen und Trägern werden wir überlegen, ob die bisherige Finanzierungsstruktur der Kindertageseinrichtungen auf neue Beine gestellt werden muss.

## **DAS WILL DIE OPPOSITION**

- Wiedereinführung der Gebühren im letzten Kita-Jahr
- Festhalten an unsinnigen Sprachtests und verfrühter Einschulung
- Pauschale Kürzung der Förderung im Kinder- und Jugendbereich um 20 Prozent



## **Die Schüler von heute sind die Fachkräfte von morgen. Sie sind unser Potenzial. Mit ihnen gestalten und stärken wir die Zukunft unserer Kommunen. Mit unserer Politik der Vorbeugung und des Vertrauens hat eine neue schulpolitische Zeitrechnung begonnen. Nun müssen wir weitergehen.**

Die Vereinbarungen des Schulkonsenses 2011 werden von der Landesregierung konsequent umgesetzt. Mit diesem „historischen Schritt“ wurde eine jahrzehntelange Auseinandersetzung um die Schulstruktur beendet. Der Schulkonsens enthält als wichtigstes Element die Sekundarschule als neue Schulform des längeren gemeinsamen Lernens. Außerdem wurden Gesamtschulgründungen erleichtert. Welche Schulen wo entstehen, entscheiden die Kommunen vor Ort – sie orientieren sich dabei am Elternwillen und am Bedarf. Die Dynamik ist immens: Insgesamt wurden 207 Schulen des längeren gemeinsamen Lernens neu gegründet. Damit gibt es in NRW nun insgesamt 430 Schulen des längeren gemeinsamen Lernens – innerhalb von vier Jahren fast eine Verdoppelung. Seit dem Schuljahr 2012/2013 gibt es 109 neue Sekundarschulen. Seit 2011/2012 kam es zu 83 Gründungen neuer Gesamtschulen. An dem Schulversuch Primus beteiligen sich landesweit seit dem Schuljahr 2013/2014 fünf neue Einrichtungen. Außerdem wurden seit 2011/2012 zehn Gemeinschaftsschulen gegründet. Der überwiegende Teil der neuen Schulen arbeitet inklusiv.

### **GANZTAGSSCHULE: EIN ERFOLG**

Die Ganztagschule wird immer beliebter – weil sie gute Qualität bietet und gleichzeitig aber berufstätige Eltern stark entlastet. Die Bertelsmann Stiftung hat es uns bestätigt: „NRW steht beim Ganztagsaus-

bau im bundesweiten Vergleich erfreulich gut da. Jedes dritte Grundschulkind nutzt ein Ganztagsangebot. In der Regel sind alle neuen Sekundar- und Gesamtschulen Ganztagssschulen“.

In der Tat haben wir die Quote binnen weniger Jahre von einem Fünftel auf ein Drittel stark steigern können. Aber das reicht uns noch nicht: Der Ausbau des Ganztagsangebots geht weiter.

### **HERAUSFORDERUNG INKLUSION**

Wir haben mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz die Inklusion und die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt. Damit gibt es nun rechtliche Rahmenbedingungen für die Eltern, aber auch für die Kommunen und die beteiligten Verbände: Ab sofort haben Eltern die Möglichkeit, einen Platz für ihre Kinder in einer allgemeinen Schule zu erhalten. Wir beginnen mit der Klasse 1 in der Grundschule und der Klasse 5 bei den weiterführenden Schulen und schreiten dann Jahr für Jahr voran. Um den gemeinsamen Unterricht zu ermöglichen, schaffen wir mehr als 3.200 zusätzliche Lehrerstellen. Mit den Kommunen haben wir uns auf eine faire Regelung bezüglich der Investitionskosten geeinigt.

Bis zum Jahr 2017 nehmen wir insgesamt eine Milliarde Euro für den gemeinsamen Unterricht in die Hand. Inklusion in NRW ist gelebte Realität: Rund 35 Prozent der Kinder mit besonderem Förderbedarf besuchen heute schon eine Regelschule.

# INKLUSION IN NRW

KINDER MIT UND OHNE SONDERPÄDAGOGISCHEN  
UNTERSTÜTZUNGSBEDARF IM SCHULJAHR 2016/2017\*

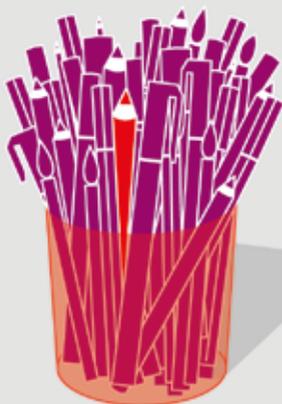
## GRUNDSCHULE

A B C D E F G  
H I J K L M N  
O P Q R S T U  
V W X Y Z ß

**27:1**

VON 27 GRUNDSCHÜLERN/  
GRUNDSCHÜLERINNEN  
HAT EIN KIND SONDER-  
PÄDAGOGISCHEN  
UNTERSTÜTZUNGSBEDARF

## SEKUNDARSTUFE



**39:1**

VON 39 JUNGEN UND  
MÄDCHEN IN DER  
WEITERFÜHRENDEN  
SCHULE HAT EIN KIND  
SONDERPÄDAGOGISCHEN  
UNTERSTÜTZUNGSBEDARF

\*an allgemeinen öffentlichen Schulen/Prognose

## VERSprochen

Wir wollen bestehende Ungerechtigkeiten im Bildungssystem beseitigen. Jeder junge Mensch soll – unabhängig von seiner Herkunft, ob arm oder reich, ob Junge oder Mädchen – in den Schulen bestmöglich gefördert werden, entsprechend seinen Interessen und Neigungen. Rund 2,54 Millionen Schülerinnen und Schüler lernen in NRW an etwa 6.300 öffentlichen und privaten Schulen.

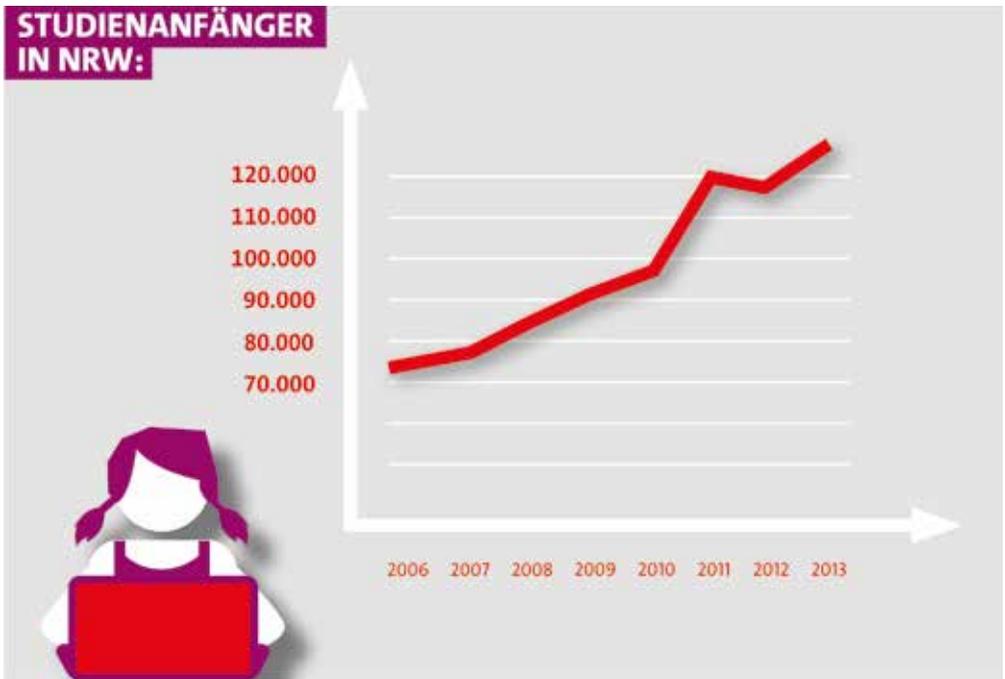
## ERREICHT

- **Umsetzung des Schulfriedens:** Umsetzung des Schulfriedens: 207 neue Schulen des längeren gemeinsamen Lernens. 25 neue Sekundarschulen und 25 neue Gesamtschulen sowie fünf Primus-Schulen zum Schuljahr 2014/15. Zahl der Gesamtschulen: 304; Sekundarschulen: 109; Gemeinschaftsschulen: 10. Damit hat sich die Zahl der Schulen des gemeinsamen Lernens seit vier Jahren fast verdoppelt.
- Mehr als 15 Prozent aller NRW-Schulen sind „Komm Mit!“-Schule, Gütesiegelschule oder Schule mit dem Schwerpunkt Hochbegabtenförderung.
- Generationenwechsel: mehr als 5.500 Lehrereinstellungen in 2014.
- **Inklusion nun auf gesetzlicher Grundlage:** Seit 2012/13 stieg der Inklusionsanteil von 24,6 auf 29,6 Prozent an. 2014/15 wächst der Inklusionsanteil um weitere sechs Prozent an auf nunmehr 35,5 Prozent.
- Ab sofort besuchen zusätzliche 7.400 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine allgemeinbildende Schule.
- Das Land erkennt die Konnexität hinsichtlich der inklusionsbedingten Mehraufwendungen der Schulträger für zusätzlichen Raumbedarf, für die Herstellung von Barrierefreiheit, für die Schülerbeförderung und für die Bereitstellung zusätzlicher Lehr- und Lernmittel an. Hierfür zahlt das Land ab dem Schuljahr 2014/15 jährlich zunächst 25 Millionen Euro.

## VORHABEN

- **Ausbau des Inklusionsprozesses:** Bis 2017 stellen wir insgesamt rund 3.200 zusätzliche Lehrerstellen für den Inklusionsprozess zur Verfügung. Dann stünde der Anstieg der Schülerzahl zu dem Anstieg der Lehrerstellen in einem Verhältnis von drei zu sechs.
- Von 2014/15 bis 2018 werden zusätzliche sonderpädagogische Studienplätze eingerichtet. Seit Februar 2013 läuft zudem die berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahme für bis zu 2.500 Lehrerinnen und Lehrer, die bereits Erfahrung mit dem gemeinsamen Unterricht haben.

## ANSCHLUSS NACH DEM ABSCHLUSS



### AZUBIS FINDEN ANSCHLUSS

An der Übergangsstelle von der Schule in den Beruf hakt es bei vielen Jugendlichen. Sie sind häufig auf diesen Schritt nicht vorbereitet. Um das zu ändern, haben wir das Projekt „Kein Abschluss ohne Anschluss“ begonnen. Es ist eine Erfolgsgeschichte. Vor zwei Jahren noch eher klein gestartet, werden von landesweit 175.000 Schülern in der achten Klasse – das ist die Zielgruppe – bereits 110.000 erreicht, in zwei Jahren werden alle erfasst sein. Die Schülerinnen und Schüler erhalten umfassende Tipps zu ihren Fähigkeiten und Chancen – möglichst passgenaue Berufsempfehlungen und vorherige Praxistests inklusive.

### DER DOPPELTE ABITURJAHRGANG

Der doppelte Abiturjahrgang war eine große Herausforderung. Wir haben sie bewältigt, weil wir gut vorbereitet waren. Bis zum Jahr 2020 investiert das Land zehn Milliarden Euro, um die Hochschulen für die gestiegene Nachfrage an Studienplätzen zu wappnen. Der Großteil des Geldes – bislang sind es rund 50 Prozent – wird von den Unis und Hochschulen für zusätzliches Personal verwendet. In enger Abstimmung mit den Hochschulleitungen wurden auch unkonventionelle Wege gefunden – wie etwa ein vorzeitiger Vorlesungsbeginn oder Online-Lehrveranstaltungen.

## WISSENSCHAFTSLAND NRW

Unsere Gesellschaft benötigt hoch qualifizierte Beschäftigte in allen Wirtschaftsbe-  
reichen, gerade durch den Wandel der Ar-  
beitswelt werden mehr Akademiker denn  
je benötigt, und dies vor dem Hintergrund  
des demografischen Wandels. Die Zahlen  
sind erfreulich: Rund 688.000 Studierende  
gibt es derzeit, das sind 160.000 mehr als  
bei Regierungsantritt von SPD und Grünen  
vor vier Jahren. Das wurde erreicht durch

die Abschaffung der Studiengebühren und  
durch eine konsequente Verwendung der  
Mittel aus dem Hochschulpakt für den  
Ausbau des Angebots.

2014 erhalten die Hochschulen 5,8 Milliar-  
den Euro; das sind 1,7 Milliarden Euro mehr  
als 2010. Für die bewährten und auch bei  
der Wirtschaft sehr beliebten Fachhoch-  
schulen wurde ein eigenes Ausbaupro-  
gramm aufgelegt. So konnten zusätzlich  
11.000 Studienplätze geschaffen werden.

## VERSprochen

Weniger Studienabbrecher. Keine Studiengebühren mehr. Mehr Studien-  
plätze für Masterabschlüsse.

## ERREICHT

- **Wir haben die Studiengebühren abgeschafft.** Nach der Abschaffung erhalten die Hochschulen zusätzliche Landesmittel in Höhe von 249 Millionen Euro.
- In NRW gibt es 50.000 durch staatliches Geld geförderte Wohnheim-  
plätze. Allein 2014 kamen 2.000 neue Plätze hinzu. 40.000 davon werden  
von Studentenwerken vermietet. 4 Milliarden Euro investieren NRW und  
der Bund (je zur Hälfte) von 2011 bis 2015 in den Hochschulpakt: für mehr  
Studienanfängerplätze, mehr Personal, moderne Infrastruktur.
- 7,9 Milliarden Euro des NRW-Haushaltes wird für Wissenschaft und  
Forschung ausgegeben; das sind 13 Prozent.

## VORHABEN

- Bis 2020 wollen wir zusätzliche 65.000 Masterstudienplätze in NRW  
schaffen. Dafür stellt das Land 650 bis 700 Millionen Euro zur Verfügung.

## DAS WILL DIE OPPOSITION

- Alljährlich fordert die CDU bei den Beratungen zum Haushaltsplan, die  
Studiengebühren zur Sanierung des Landeshaushalts wieder einzuführen.



#2

# STARKE WIRTSCHAFT DURCH GUTE ARBEIT

IN NORDRHEIN-WESTFALEN SITZT

JEDER 4. DEUTSCHE  
WELTMARKTFÜHRER.

HIER SIND **19 DER 50 UMSATZSTÄRKSTEN FIRMEN**  
DEUTSCHLANDS ANSÄSSIG.

*Jeder von uns hat ein Recht auf Arbeit. Nicht auf irgendeinen Job, sondern auf einen sicheren und fairen Arbeitsplatz, um selbstbestimmt leben zu können. Deshalb machen wir unsere Firmen in NRW fit zum Starksein. Für selbstbewusste junge Frauen und Männer, die nicht durch Dauer-Praktika, Minijobs, Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge oder Niedriglöhne in ihre Zukunft stolpern wollen. Wir stellen die Weichen für die freie Entfaltung jedes Einzelnen und schaffen Orte für kreative Ideen, innovative Technik und führende Forschung: als Investitionsland Nummer 1, als Import- und Exportland Nummer 1, als Energie- und Klimaschutzland Nummer 1, als die Zukunftsregion in Europa.*



Foto: dpa

## STARKE WIRTSCHAFT DURCH GUTE ARBEIT

**Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Mit seiner Wirtschaftsleistung von 600 Milliarden Euro pro Jahr steht es auf Platz 7 der europäischen Volkswirtschaften. Kein anderes Bundesland erhält mehr ausländische Direktinvestitionen. Jeder vierte deutsche Weltmarktführer kommt aus NRW.**

Die Quelle dieser Stärke ist die gute Arbeit der Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die als Angestellte, Facharbeiter oder Wissenschaftler Spitzenleistungen in Qualität, Management und Ingenieurskunst erbringen.

Leistung ist die eine Seite guter Arbeit. Angemessene Bezahlung, faire Arbeitsbedingungen und familienfreundliche Arbeitszeiten die andere. Gute Arbeit hat ihren Wert. Durch unser Tariftreue- und Vergabegesetz und unseren Einsatz für Mindestlöhne und gegen Lohndumping in der Leih- und Zeitarbeit sorgen wir für Ordnung am Arbeitsmarkt, schützen wir die Beschäftigten vor Sozialdumping und die Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Durch unsere Familienpolitik unterstützen wir junge Eltern in der Rushhour ihres Lebens: Erfolg im Beruf und Zeit für die Familie dürfen keine Gegensätze sein.

Damit NRW nicht nur stark bleibt, sondern noch stärker wird, setzen wir uns für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ein, fördern Innovationen und verzahnen Wissenschaft und Mittelstand. Im Jahr 2014 werden wir insgesamt 25 Milliarden

Euro für Forschung und Bildung zur Verfügung stellen – mehr als ein Drittel des Landeshaushalts und so viel wie nie zuvor. NRW bricht in ein neues Zeitalter auf: Es wird zum Land der Industrie 4.0 – mit intelligenten und digitalisierten Produktions- und Dienstleistungsketten.

Im Strukturwandel lassen wir niemanden alleine. Wo neue Industrie- und Dienstleistungssektoren die älteren ersetzen, muss die öffentliche Hand für Fairness, Sicherheit und Zukunftsperspektiven sorgen. Unsere Politik verhindert soziale Verwerfungen wie sie etwa der Strukturwandel in Mittelengland, in der Wallonie oder in Lothringen hinterlassen hat.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt auf Innovation, Zukunftsindustrien und Gute Arbeit. Es gibt noch viel tun, doch die Erfolge sind nicht mehr zu übersehen. Das britische „Foreign Direct Investment Magazine“ suchte in einer Studie nach der ökonomischen Zukunftsregion in Europa. Die Nummer 1 ist weder London noch Paris, weder die Schweiz noch Schottland. Die Zukunftsregion Nummer 1 ist Nordrhein-Westfalen.

# NORDRHEIN-WESTFALEN: LAND DES MITTELSTANDES

**KMU<sub>s</sub> PRÄGEN  
DIE WIRTSCHAFT IN NRW.**



**IN KMU<sub>s</sub>  
ARBEITEN:**



**IN KMU<sub>s</sub>  
LERNEN:**



\*gerundet



Foto: dpa

## **STARKE UND GUTE UNTERNEHMEN**

Die Wirtschaft in NRW ist im nationalen und internationalen Wettbewerb stark aufgestellt. Hier finden sich Dax-Unternehmen mit Milliarden-Umsätzen, hier gibt es rund 750.000 kleine und mittlere Unternehmen, die ebenfalls häufig international vernetzt sind und Geschäfte auf der ganzen Welt machen. Hier gibt es auch rund 190.000 Handwerksbetriebe.

Mehr als 6,2 Millionen Mitarbeiter zwischen Rhein und Weser sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, jeder Sechste davon im Handwerk. Die Landesregierung ist ihnen allen ein starker und verlässlicher Partner.

## **STÄRKEN STÄRKEN**

Gleich mit einem ganzen Bündel von Fördermaßnahmen sichern und forcieren wir die wirtschaftliche Entwicklung. Allein aus dem EU-Ziel-2-Programm wurden dafür in den vergangenen sieben Jahren 2,5 Milliarden Euro eingesetzt. Die Landesregierung hat 476 Unternehmen mit insgesamt 115 Millionen Euro aus den Mitteln der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Infrastruktur“ gefördert.

Das Regionale Wirtschaftsförderprogramm (RWP) wird mit einem Volumen von 1,2 Millionen Euro vom Land ausgestattet. Entstanden sind Tausende von sozialversicherungspflichtigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Existenzgründungen und viele große und kleine Entwicklungschancen für Unternehmen in unserem Land. So unterstützen wir den Strukturwandel im Ruhrgebiet ebenso wie die gute wirtschaft-

liche Entwicklung etwa in der Rheinschie-  
ne oder in Ostwestfalen.

## **PARTNER DES MITTELSTANDS**

Im engen Dialog mit dem Handwerk, der mittelständischen Wirtschaft und den Gewerkschaften haben wir ein Mittelstandsgesetz erarbeitet, das Nordrhein-Westfalen bundesweit zu einem Pionier bei der frühzeitigen Beteiligung des Mittelstandes macht. So früh wie in keinem anderen Bundesland wird der Mittelstand über die Clearingstelle NRW inzwischen mit in die Gesetzgebung einbezogen.

Die Landesregierung hat die Handwerksinitiative 2.0 gestartet. Sie enthält ein Bündel an Maßnahmen: Meistergründungsprämie, den StarterScheck Handwerk, den WachstumsScheck Handwerk, den InnovationsGutschein Handwerk, die Zukunftsinitiative Handwerk, den Meistertag und die Dachmarke Design Handwerk NRW.

## **HIDDEN CHAMPIONS**

Nordrhein-Westfalen ist der Standort Nummer 1 für versteckte und nicht ganz so bekannte Weltmarktführer, sogenannte Hidden Champions. Derzeit gibt es in NRW mehr als 800 Top-Unternehmen, die die weltweite Marktführerschaft für sich reklamieren können: Die Palette reicht von Hella in Lippestadt (Autozulieferer) über Achenbach Buschhütten (Walzwerke) in Kreuztal und Plümat Maschinenbau in Espelkamp bis hin zu Schwering und Hasse in Lügde, die Elektrodraht erzeugen. Sie alle zeichnen eine hohe Innovationskraft und unternehmerischer Mut aus, sie verbinden Weltoffenheit mit Heimatverbundenheit.

# FORSCHEN UND FÖRDERN

## FORSCHEN UND FÖRDERN

Fortschritt erreicht nur derjenige, der bei der Forschung den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Im Mittelpunkt der Strategie stehen jetzt die großen gesellschaftlichen Herausforderungen: die demografische Entwicklung und der Klimawandel.

Diese Herausforderungen nehmen wir an. So wird in Jülich mit Unterstützung des Landes auf dem Feld der Energieforschung das weltweit größte solarthermische Forschungs- und Versuchskraftwerk zum weltweit führenden Systemkompetenzträger für konzentrierte Solarsysteme ausgebaut.

Insgesamt wird an 30 Hochschulen zum Thema Energie geforscht.

Jeder vierte Euro in Deutschland für Forschung wird in NRW ausgegeben – das ist bundesweit Spitze. Jahr für Jahr werden in NRW rund 7.000 Patente angemeldet – oft sind dies die Erfindungen, die die Keimzelle neuen Wachstums sind und Arbeitsplätze schaffen.

Auch darüber hinaus tut sich etwas im

Land: In der Werkstoffforschung sind wir ganz vorne. Das Land fördert die Forschung zur Einsatzmöglichkeit von Aerogelen, einem superisolierenden Material. Im Ruhrgebiet etablierte sich ein Schwerpunkt der Kinder- und Jugendmedizin. Hier wird Kindern und Jugendlichen mit ADHS, Allergien oder Adipositas geholfen. In der Region Köln/Bonn gibt es herausragende Kompetenzen zur Altersforschung wie etwa die Max-Planck-Institute für Biologie des Alters und für neurologische Forschung. Das Land gibt 85 Millionen Euro für den Bau des Deutschen Zentrums für neurodegenerative Erkrankungen in Bonn. Im international renommierten Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, das vom Land mit circa vier Millionen Euro weit stärker als zuvor gefördert wird, wird die Kompetenz der Forschung und die Gestaltung von Übergängen zu einer nachhaltigen Entwicklung ausgebaut.

## PARTNER DER STADTWERKE

Für die wohnortnahe und verlässliche Versorgung der Menschen ist die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen und Stadtwerken unerlässlich, sie sind wichtige Wirtschaftsfaktoren in ihrer Region.



Über 14.000 ausländische Unternehmen oder deren deutsche Niederlassungen (zum Beispiel 3M, BP, Ericsson, Ford, LG Electronics, Sony, Toyota, Vodafone) haben ihren Sitz bei uns in Nordrhein-Westfalen. Das ist jede vierte ausländische Firma in Deutschland.

# ENERGIELAND NORDRHEIN-WESTFALEN

## STROM- HERSTELLUNG:



HEIMISCHE BRAUNKOHLE SICHERT RUND



## STROM- VERBRAUCH:



NRW VERBRAUCHT

**27%**

DES INDUSTRIELL GENUTZTEN  
STROMS IN DEUTSCHLAND.

## STROMERZEUGUNG 2013:

**11%**

STROMERZEUGUNG AUS  
ERNEUERBAREN ENERGIEN

## STROMERZEUGUNG BIS 2025:

**30%** STROMERZEUGUNG  
AUS ERNEUERBAREN  
ENERGIEN



\*gerundet



Foto: dpa

Und sie sind unverzichtbar bei der Ausgestaltung der Energiewende. Deshalb haben wir die Stadtwerke und mit ihnen die anderen kommunalen Unternehmen von ihren Fesseln befreit und setzen uns weiter für faire Marktstrukturen in der Energiewirtschaft und einen funktionierenden Wettbewerb im Energiemarkt ein.

### **SICHERHEIT FÜR DIE BRAUNKOHLE**

Das Thema Garzweiler II wird seit vielen Jahren heiß diskutiert und hat früher zu scharfen Konflikten geführt. Wir haben das nun geändert: Seit April 2014 gibt es langfristige Klarheit über den Braunkohleabbau im Rheinischen Revier. Der Tagebau wird nicht zeitlich, aber räumlich eingeschränkt. Diese Lösung gibt beiden Seiten Planungssicherheit: Rund 1.600 Bewohner

können rechtzeitig ihren Umzug planen, vor allem aber wissen 1.500 Einwohner in Holzweiler, Dackweiler und dem Hauerhof, dass sie dauerhaft bleiben dürfen. Und das Unternehmen RWE weiß nun: Es kann weit über das Jahr 2030 hinaus Braunkohle im Tagebau Garzweiler II gefördert werden. Für uns ist die Braunkohle mittelfristig bei der Energieversorgung dringend notwendig, aber sie kann effizienter genutzt werden. Mit der „Innovationsregion Rheinisches Revier“ haben wir auch in diesem Bereich den Strukturwandel begonnen.

### **WIRTSCHAFT BRAUCHT FRAUEN**

Prekärer und ungleicher Lohn für gleiche Arbeit hat ein Gesicht: Es ist weiblich. Deshalb haben wir seit 2012 insgesamt 16 Kompetenzzentren „Frau & Beruf“ in

den arbeitsmarktpolitischen Regionen initiiert. Diese setzen sich gegen die vielfältigen Benachteiligungen von Frauen im Arbeitsleben ein.

Das Ziel: Strukturelle und mentale Barrieren abbauen, den Berufs- und Wiedereinstieg erleichtern, die Aufstiegschancen für Frauen verbessern sowie Gründerinnen unterstützen. Vom Fachkräftenachwuchs und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis zur Personalentwicklung und Unternehmensnachfolge – diese Zentren bilden eine solide Hilfestellung für die Wettbewerbsfähigkeit regionaler Unternehmen.

### **PARTNER DER ARBEITNEHMER**

Die SPD hat bundesweit durchgesetzt, dass es endlich einen flächendeckenden Mindestlohn geben wird, der rasch für alle Branchen gelten wird.

Wir in NRW haben ein Weiteres getan: Mithilfe des Tariftreue- und Vergabegesetzes werden verbindliche Mindeststandards für Unternehmen bei der Bearbeitung öffentlicher Aufträge geschaffen. Das hilft gegen Lohndumping und sichert faire Wettbewerbschancen für mittelständische Unternehmen und Handwerk.



Foto: dpa

# BUNDESWEITER VORREITER IM KLIMASCHUTZ

## BUNDESWEITER VORREITER

Der Klimawandel wird in den kommenden Jahren eine der größten Herausforderungen für Politik und Gesellschaft sein – darin sind sich alle relevanten Experten einig. Er macht auch nicht halt vor Nordrhein-Westfalen. Wir stellen uns dieser Herausforderung – mehr noch: Wir wollen die Potenziale des Klimawandels für neue Arbeits- und Ausbildungsplätze nutzen. Deshalb verstehen wird den Klimaschutz als „Fortschrittsmotor“ für NRW.

Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt: Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen konkrete Klimaschutzziele im Klimaschutzgesetz NRW festgeschrieben und nimmt damit eine Vorreiterrolle ein. Das Klimaschutzgesetz sieht vor, die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen in NRW – gemessen am Niveau von 1990 – bis 2020 um mindestens 25 Prozent zu reduzieren, bis 2050 um mindestens 80 Prozent.

Der Klimaschutzplan ist die Roadmap für die neue Klimaschutzpolitik made in NRW und das zentrale Instrument, um die ehrgeizigen NRW-Klimaschutzziele zu erreichen. In einem ersten Schritt werden Projekte und Maßnahmen entwickelt, die in einem zweiten Schritt konkretisiert und landesweit vernetzt werden. Der Klimaschutzplan wird auf fünf Jahre festgeschrieben.

Mit dem umfangreichen „Klimaschutz-Start-Programm“ hat die Landesregierung schon zentrale Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg gebracht. Es enthält insgesamt 22 Einzelmaßnahmen in zehn Themenfeldern und umfasst über mehrere Jahre hinweg mehrere Hundert Millionen Euro an Fördergeldern und Krediten.

## KLIMAEXPO.NRW

Aktive Klimaschutzpolitik ist auch eine Chance für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft sowie für das Entwickeln bisher ungenutzter Potenziale etwa in der Gestaltung der Energiewende. Um diese Chance zu nutzen, hat die Landesregierung die KlimaExpo.NRW gegründet. Diese soll die technologische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes präsentieren. Sie ist zugleich Leistungsschau und Ideenlabor für den Standort NRW und das nicht nur an einem Ort und an einem Tag, sondern landesweit – bis 2022. Dabei soll das breite Publikum ebenso mit einbezogen werden wie Expertinnen und Experten. Für die industrielle Kernregion Deutschlands ist das eine riesige Herausforderung. Entwickelt werden sollen Ideen und Konzepte zu den Themenfeldern: Transformation des Energiesystems, Energie- und Ressourceneffizienz in Produktion und Konsum, klimagerechte Stadt- und Regionalentwicklung sowie Mobilität und Transport.



In NRW gibt es rund 3.600 Unternehmen im regenerativen Anlagen- und Systembau. 2012 verzeichneten sie einen Umsatz von etwa 7,5 Milliarden Euro.

## **VERSprochen**

Wir schaffen eine starke Wirtschaft, die nachhaltig wächst und soziale Stabilität bietet. Wir wollen keine marktkonforme Demokratie, sondern eine demokratiekonforme Marktwirtschaft, die auf soziale Partnerschaft und Mitbestimmung beruht. Der industrielle Wandel in NRW muss neu ausgerichtet werden auf technologischen, ökologischen und sozialen Fortschritt, Klimaschutz sowie auf Ressourcen- und Energieeffizienz.

## **ERREICHT**

- Die Zahl der Arbeitslosen ist in NRW seit 2010 gesunken: Etwa 830.000 Menschen hatten 2010 keine Arbeit, im August 2014 waren noch rund 772.000 Menschen erwerbslos.
- Mit dem Gesetz zur Förderung des Mittelstandes haben wir in Nordrhein-Westfalen ein bundesweit bisher einmaliges Clearingverfahren für alle für den Mittelstand bedeutsamen Gesetzes- und Verordnungsvorhaben eingeführt.
- Durch die Einigung über Verteilung der Strukturfördermittel des EFRE sind von 2014 bis 2020 1,2 Milliarden Euro für Innovationen, Mittelstand sowie Klimaschutz- und Stadtentwicklungsprojekte gesichert. Das sind rund 200 Millionen Euro mehr als erwartet.
- Durch unseren Klimaschutzplan, die erfolgreiche Einbindung von NRW-Positionen in die Reform des EEG sowie konkrete Projekte und Landesprogramme gestalten wir die Energiewende in NRW klimapolitisch ambitioniert, sozial verantwortlich und wirtschaftlich vernünftig.
- Verbesserte Politik für das Handwerk: Durch unsere erfolgreichen Initiativen zum Mindestlohn und unser Tariftreue- und Vergabegesetz setzen wir wirksame Maßnahmen gegen Lohndumping.
- Mit der Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes haben wir den Sonntagsschutz wieder verbessert.

## **VORHABEN**

- In dem neuen Landesentwicklungsplan wird das nordrhein-westfälische Regelwerk der Raumordnung gestaltet, in einem Planwerk konzentriert und vereinfacht. Die Stellungnahmen werden wir sorgfältig auswerten.
- Die Energiewende bleibt Schwerpunktthema zum Beispiel beim Ausbau der Fernwärme, der Speicherkapazitäten und dem Aufbau von virtuellen Kraftwerken.

## **DAS WILL DIE OPPOSITION**

Nachdem CDU und FDP die Energiewende auf Bundesebene fast zum Scheitern gebracht hätten, setzen sie den Zickzack-Kurs in NRW fort: Mal ja, mal nein; jedoch nie verlässlich.



#3

LEBEN

MITEINANDER  
GESTALTEN

IN NORDRHEIN-WESTFALEN SIND

550.000 MENSCHEN  
PFLEGEBEDÜRFTIG.

**45 PROZENT MEHR ALTENPFLEGEAZUBIS** HELFEN,  
EINEN PFLEGENOTSTAND ZU VERHINDERN.

*NRW ist Gegensatz und Vielfalt, ist Leben mit Gegensätzen, ist das Überwinden von Gegensätzen. Gemeinsam mit den Menschen. Sie haben dieses Land aufgebaut. Das soziale Miteinander ist deshalb fest verankert in NRW: Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen Lebensentwürfen, Reiche und Arme, Menschen mit und ohne Behinderung leben hier gut nachbarschaftlich zusammen. Wir gestalten das Miteinander so, dass jeder seinen Platz in der Mitte der Gesellschaft finden kann und dass die Hoffnung auf gesellschaftlichen Aufstieg wieder größer wird, als die Sorge um den sozialen Abstieg. Nur dann ist NRW stark und gerecht. Deshalb haben wir uns besonders dafür eingesetzt, Armut und Ausgrenzung zu bekämpfen und die Integration zu fördern.*



## MITEINANDER GESTALTEN

**In Nordrhein-Westfalen ist der soziale Zusammenhalt ein besonderer: Er ist geprägt durch gewerkschaftliche Solidarität und christliche Soziallehre. Hier hat soziale Demokratie eine lange Tradition – und eine gute Zukunft.**

Soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegschancen gehören für uns untrennbar zusammen. Sie ergänzen und bedingen sich. Nur wer Aufstiegschancen hat, wird seine Talente und Möglichkeiten voll entfalten. Nur wer gesellschaftliche Teilhabe erfährt, wird sich in unsere Gesellschaft einbringen.

Wir gestalten ein Miteinander, in dem jeder seinen Platz in der Mitte der Gesellschaft finden kann. Deshalb haben

wir gegen Armut und Ausgrenzung das Handlungskonzept „NRW hält zusammen“ auf den Weg gebracht und ein Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen verabschiedet. Wir arbeiten mit unserem Inklusionsplan und der Novellierung des Landespflegerechts aktiv an einer Verbesserung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Und deshalb setzen wir auf Gute Arbeit, auch für diejenigen, die es schwer haben auf dem Arbeitsmarkt.



Foto: dpa



Foto: dpa

## FAIRER UND GERECHTER ARBEITSMARKT

### GUTE ARBEIT FÖRDERN

Bei der Verhinderung von Armut setzen wir da an, wo sie entsteht, und bekämpfen deshalb aktiv Niedriglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen. Außerdem kümmern wir uns im Handlungskonzept „NRW hält zusammen“ um diejenigen, die aktuell von Armut betroffen sind, insbesondere um die Kinder und Jugendlichen aus Familien mit geringen Einkommen: Durch unsere vorbeugende Sozial- und Bildungspolitik wollen wir kein Kind zurücklassen.

### FAIRER WETTBEWERB

Nordrhein-Westfalen soll zum Land der guten Arbeit werden – das ist unser Ziel. Wir wollen prekäre Beschäftigung, unsichere und schlecht bezahlte Arbeit zurückdrängen. Deshalb haben wir den Mindestlohn durchgesetzt und setzen uns auf Bundesebene für die auskömmliche Ausgestaltung und gegen den Missbrauch von Leih- und Werkverträgen ein.

Mit Sorge beobachten wir die Entwicklung, sozialversicherungspflichtige Stellen in Minijobs umzuwandeln. Diesem Trend treten wir mit einer Informationskampagne bei Arbeitgebern und Beschäftigten entgegen.

### SOZIALER ARBEITSMARKT

Für Langzeitarbeitslose ist die Rückkehr auf den ersten Arbeitsmarkt meist sehr schwierig.

44 vom Land unterstützte Projekte bieten rund 1.070 Arbeitsplätze für diese Zielgruppe. Dort finden die Langzeitarbeitslosen ein integriertes Angebot aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, Coaching und Qualifizierung.

### INKLUSION AM ARBEITSPLATZ

Wir wollen auch Menschen mit Behinderungen einen Zugang zum regulären Arbeitsmarkt ermöglichen. Denn das ist die beste Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Derzeit gibt es rund 251 sogenannte Integrationsprojekte in NRW, die flächendeckend verteilt sind. Darin sind rund 7.500 Menschen beschäftigt, mit stark steigender Tendenz und übrigens zu 75 Prozent sozialversicherungspflichtig. In Kooperation mit den beiden Landschaftsverbänden wurden Unternehmen aus vielen Branchen der Wirtschaft als Partner gewonnen. Im Rahmen des Inklusions-Programms „Integration Unternehmen“ gibt das Land 2,5 Millionen Euro.



In Nordrhein-Westfalen hilft man sich! Dem „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ zufolge ist in Nordrhein-Westfalen „das Netz sozialer Beziehungen überdurchschnittlich stark geknüpft.“ 75 Prozent der Menschen hier sagen, dass es jemanden außerhalb ihres Haushaltes gebe, an den sie sich wenden können, wenn sie Hilfe brauchen. Im deutschen Ländervergleich liegt NRW auf dem dritten Platz, wenn es um das Miteinander geht.



## **NRW HÄLT ZUSAMMEN**

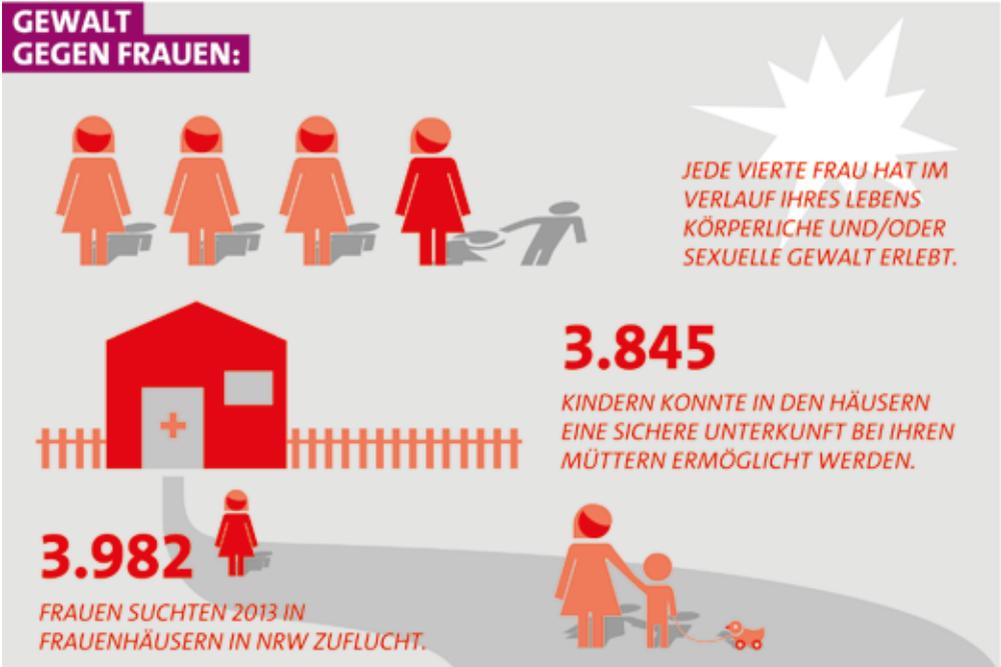
Die Landesregierung hat die Initiative „NRW hält zusammen“ gestartet. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden und vielen Partnern überall im Land, wollen wir dem Trend der wachsenden Verarmung entgegenzutreten und haben ein Handlungskonzept entwickelt, das bis zum Jahr 2020 gilt. Zusammen mit den Kommunen haben wir dabei die Wohnquartiere im Blick, in denen besonders viele sozial Benachteiligte leben. Dort wollen wir die Infrastruktur – Familienzentren, Kitas und Brennpunktschulen – verbessern. Im nächsten Jahr werden die ersten Ergebnisse vorliegen. Dabei wollen wir auch die Chancen von Zugewanderten

erhöhen, sich rasch zu integrieren. Jetzt sind sieben Pilotprojekte zur Alphabetisierung an den Start gegangen. Sie wenden sich vor allem an die Zuwanderer aus Südost-Europa.

## **MOBILITÄT FÜR GERINGVERDIENER**

Zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs stellen wir 30 Millionen Euro pro Jahr aus freiwilligen Mitteln des Landes zur Verfügung. Die Anreizfinanzierung dient der Einführung von Sozialtickets in den Verkehrsunternehmen und Zweckverbänden des Landes, so können auch Menschen mit vergleichsweise geringen Einkommen öffentliche Verkehrsmittel wie Busse und Bahnen nutzen.

## GARANT FÜR GLEICHSTELLUNG



**Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern ist seit vielen Jahren ein zentraler Baustein unserer Politik. Wir setzen das in Regierungshandeln um.**

### **PARTNER DER FRAUENHÄUSER**

NRW verfügt über ein engmaschiges Netz von Frauenhäusern: Zwischen Rhein und Weser gibt es 62 von ihnen.

Dazu kommen 57 allgemeine Frauenberatungsstellen sowie 47 Fraueninitiativen gegen sexuelle Gewalt. Doch viele der Ein-

richtungen waren in der Existenz bedroht und verfügten über zu wenig Personal. Das haben wir geändert. Im Jahr 2010 wurden noch 184 Stellen mit 5,4 Millionen Euro gefördert. Nun sind es 239 Stellen und 8,1 Millionen Euro. Dazu gibt es erstmals einen Sachkostenzuschuss zwischen 4.000 und 6.000 Euro pro Frauenhaus.



Trotz der schwierigen Lage des Landeshaushaltes verfolgen wir das Ziel konsequent weiter, Frauenhäuser ausreichend zu finanzieren. Die Einrichtung der vierten Stelle können wir dabei als Erfolg verbuchen.

Unser Ziel ist Sicherheit, Teilhabe und Selbstbestimmung in jedem Alter. Wir wollen dem Wunsch älterer Menschen, möglichst lange im gewohnten Umfeld zu leben, Rechnung tragen und gleichzeitig eine bedarfsgerechte Pflegestruktur vorhalten. Die Förderung von ambulanten Strukturen im Quartier und gute Rahmenbedingungen für möglichst wohnortnahe stationäre Angebote sind dabei für uns zwei Seiten derselben Medaille.

### PFLEGEAUSBILDUNG GESICHERT

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird bis 2050 fast um das Doppelte auf knapp eine Million ansteigen. Gleichzeitig zeichnet sich ein dramatischer Fachkräftemangel im Bereich der Pflege ab. Deswegen hat die Landesregierung Mitte 2012 mit Erfolg eine Ausbildungsumlage eingeführt: Erfreulich ist, dass nach dieser Einführung innerhalb von nur 24 Mona-

ten die Zahl der Auszubildenden in der Altenpflege um 45 Prozent angestiegen ist. Im Jahr 2010 waren es 10.000 junge Frauen und Männer, 2012 bereits 12.000 und 2013 voraussichtlich 14.500.

### LANDESPFLEGE VORANBRINGEN

Unser Ziel ist das Altern in Würde. Dazu gehört, dass Menschen, solange es geht und sie es wollen, in ihrer häuslichen

### ENTWICKLUNG DER AUSBILDUNGSZAHLEN DER ALTENPFLEGESCHÜLER/INNEN



\*vorläufig

Umgebung bleiben dürfen und können. Deshalb werden wir noch in diesem Jahr die Reform des Landespflege- sowie des Wohn- und Teilhabegesetzes abschließen. Damit werden wir die Rahmenbedingungen für eine qualitätsgesicherte, ortsnahe und zukunftsorientierte Pflegestruktur gestalten und neue Wohn- und Pflegeformen berücksichtigen. Auch auf die Belange der pflegenden Angehörigen und Pflegen-

den wird in besonderer Weise eingegangen werden.

### **NICHTRAUCHERSCHUTZ**

Mit unserer Neufassung des Nichtraucher-schutzgesetzes zum 1. Mai 2013 wird nun der Gesundheitsschutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern sowie Kindern und Jugendlichen auf effektive und rechts-sichere Weise gewährleistet.



Foto: dpa

**Im Februar 2012 hat Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland ein Integrationsgesetz verabschiedet. Mit dem Gesetz hat sich ein Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik vollzogen. Es macht deutlich: Es geht nicht mehr um „DIE und WIR“, nicht mehr um eine Mehrheitsgesellschaft mit deutscher Leitkultur und Minderheiten, die sich anzupassen haben. Viele einzelne Maßnahmen tragen dazu bei, dass Hürden für eine selbstbestimmte Integration abgebaut werden.**

### INTEGRATIONSZENTREN

Das Gesetz verankert Integration als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Heute sind bereits in 49 Kreisen und kreisfreien Städten Kommunale Integrationszentren (KIZ) an den Start gegangen. NRW verfügt damit über eine flächendeckende Integrationsinfrastruktur: Die KIZ sollen die kommunalen Integrationsanstrengungen bündeln und die Integrationskraft der Kommunen stärken.

Neben der Integrationspolitik der Kommunen steigert das Gesetz auch das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure. Deshalb konnten die Zahl der Integrationsagenturen freier Träger und die Förderung von Aktivitäten von Migrantenorganisationen deutlich erhöht werden.

### AUSLÄNDISCHE ABSCHLÜSSE

In NRW leben etwa 80.000 Einwanderinnen und Einwanderer, die über qualifizierte Berufsabschlüsse verfügen, die hierzulande nicht anerkannt sind. Darunter sind Fachkräfte, die dringend gebraucht werden. Aufgrund undurchsichtiger Verfahren wurden die bislang bestehenden Angebote zur Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen nicht oder nur vereinzelt in Anspruch genommen. Mit dem „Ge-

setz zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen in Nordrhein-Westfalen“ haben wir nun erstmals ein klares, einheitliches und faires Anerkennungsverfahren für landesrechtlich geregelte Berufe definiert. 163 von 165 Landesberufen sind mit dem Gesetz erfasst: Ingenieure, Architekten und viele andere mehr.

### INTERKULTURELLE ÖFFNUNG

Die Landesregierung hat im Dezember 2010 die Initiative „Mehr Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Dienst – interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung“ ins Leben gerufen. Die Ziele sind: den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung des Landes zu erhöhen, die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten des Landes zu stärken und die Öffnung landesweit anzustoßen. Alle Ressorts der Landesregierung sind an der Initiative beteiligt. Ein zentraler Baustein der Initiative ist die Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren.

Viele Unternehmen, Behörden und Organisationen haben sich mittlerweile dieser Initiative des Landes angeschlossen.

## INTEGRATIONSLOTSEN

Die nordrhein-westfälische Landesregierung stellt sich den Problemen der Armutszuwanderung aus Osteuropa, die sich in einigen Großstädten des Landes zeigen. Das Handlungskonzept zur Unterstützung der von Zuwanderung aus Südosteuropa besonders betroffenen Kommunen beinhaltet als zentrale Punkte die Brückenbauerfunktion und die niedrigschwellige Qualifizierung der Zugewanderten.

Als „Brückenbauer“ sollen sogenannte „Integrationslotsen“ dienen. Dabei handelt es sich um Muttersprachler, die Zugänge zur entsprechenden Szene haben und die Zugewanderten bei der Bewältigung des deutschen Alltags beraten und begleiten. Hinterlegt ist das Konzept mit insgesamt 7,5 Millionen Euro pro Jahr bis 2015.

## RELIGIONSUNTERRICHT

In Nordrhein-Westfalen leben fast 1,5 Millionen Muslime, darunter über 320.000 Schülerinnen und Schüler. Am 21. Dezember 2011 wurde das „Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (7. Schulrechtsänderungsgesetz)“ verabschiedet. Schulen, die die organisatorischen Voraussetzungen erfüllen und die über die entsprechenden Lehrerinnen und

Lehrer verfügen, können den islamischen Religionsunterricht erteilen.

## MUSLIMISCHE BESTATTUNGEN

Mit der Novellierung des Bestattungsgesetzes haben auch nicht-christliche Religionsgemeinschaften die Möglichkeit, eigene Friedhöfe zu betreiben. Davon werden voraussichtlich besonders muslimische Bürgerinnen und Bürger profitieren. Gemäß des Grundsatzes einer vielfältigen Gesellschaft werden die rund 1,3 Millionen muslimischen Mitbürger die Möglichkeit erhalten, sich auf eigenen Friedhöfen, nach ihren Glaubensgrundsätzen und in Wohnortnähe bestatten zu lassen. Mit dieser Öffnung können islamische Bestattungen entsprechend ihrer Riten erfolgen, ohne – wie es vorher der Fall war – die bürokratischen und organisatorischen Hürden nehmen zu müssen.

## INTEGRATIONSRÄTE

Integrationsräte sind eine Erfolgsgeschichte. Durch die Änderung der Gemeindeordnung in NRW wurde der Kreis der Wahlberechtigten für die Integrationsräte auf zwei Millionen erweitert. Das war der richtige Schritt: Bei der Wahl am 25. Mai haben in 101 Kommunen 276.228 Migrantinnen und Migranten ihren Integrationsrat gewählt. Das sind im Vergleich zu 2010 mehr als doppelt so viele Wählerinnen und Wähler.



Beim islamischen Religionsunterricht ist Nordrhein-Westfalen bundesweit Vorreiter. Wir sind das erste Bundesland, das dieses bekenntnisorientierte Schulfach als gesetzlich ordentlichen Unterricht eingeführt hat.

## **VERSprochen**

Wir stellen den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt. NRW nimmt alle mit. Wir eröffnen damit die Chance für jeden auf eigenverantwortliche Entwicklung und sichern die gesellschaftliche Teilhabe ab.

## **ERREICHT**

- Durch unser Handlungskonzept „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ und durch die Förderung des Sozialtickets für Busse und Bahnen in Höhe von 30 Millionen Euro leisten wir konkrete Hilfe für die Schwächsten unserer Gesellschaft.
- Absicherung und Teilhabe im Alter verbessern wir durch die Weiterentwicklung des Landespflegerechts und unseren Masterplan „Altengerechte Quartiere.NRW“.
- Unsere Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung hat ein Ausbildungsplus von 45 Prozent gebracht. So stellen wir sicher, dass dem zu erwartenden Fachkräftemangel wirksam begegnet wird.
- Mit unserem Inklusionsplan fassen wir wichtige Gleichstellungs- und Förderprojekte systematisch zusammen, darunter auch die Landesinitiative „Teilhabe an Arbeit – 1.000 Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung“.
- Mehr als 1.000 besonders schwer vermittelbare Menschen konnten mit einem Arbeitsplatz auf dem Sozialen Arbeitsmarkt wieder in Arbeit gebracht werden.
- Mit unserem neuen Integrationsgesetz bieten wir den Rahmen für konkrete Maßnahmen, zum Beispiel 49 kommunale Integrationszentren.
- Auf Bundesebene: Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland.

## **VORHABEN**

- Durch Neuausrichtung der ESF-Fonds wollen wir Armut und Ausgrenzung noch intensiver bekämpfen.
- Den Inklusionsplan werden wir in wichtigen Punkten mit einem ersten Inklusionsstärkungsgesetz umsetzen.
- Auf Bundesebene: Verbesserungen bei Leiharbeit und Werkverträgen.

## **DAS WILL DIE OPPOSITION**

CDU und FDP wollen alle freiwilligen Leistungen um pauschal 20 Prozent kürzen. Betroffen hiervon sind besonders die Mittel für die Förderung behinderter Menschen, die Integration und Sprachförderung sowie die Wohlfahrtspflege. Das Sozialticket will die Opposition komplett streichen.

The background of the entire page is a solid red color. It is decorated with a repeating pattern of small, stylized icons. Each icon consists of a simple house silhouette with a chimney on the right side, and a tree with a rounded canopy to its right. The icons are arranged in a grid-like fashion, with some rows being more densely packed than others, creating a textured, patterned effect.

#4

# BUNT UND VIELFÄLTIG – WOHLFÜHLEN IM ZUHAUSE

DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN ZAHLT

3,2 MILLIARDEN EURO  
FÜR DEN SOZIALEN  
WOHNUNGSBAU.

DAMIT WERDEN **30 PROZENT MEHR BEZAHLBARE  
WOHNUNGEN** ENTSTEHEN.

*Jeder Mensch – ob alt oder jung, ob hier geboren oder zugewandert – soll in NRW gut leben können. Doch Leben ist weit mehr, als nur ein Dach über dem Kopf zu haben. Es ist die Gewissheit, eine Wohnung mit bezahlbarer Miete in einem intakten Wohnumfeld finden zu können und auch im Alter gut versorgt zu werden, Busse und Bahnen nutzen zu können und dass für die öffentliche Sicherheit gesorgt ist. Ganz gleich, ob auf dem Land oder in der Stadt. Um uns wohlzufühlen, brauchen wir intakte Nachbarschaften, erreichbare Nahversorgungs-, Kultur- und Freizeitangebote und viel Grün. Wir schaffen die Voraussetzungen für ein lebenswertes Zuhause in NRW: Dafür legen wir beim sozialen Wohnungsbau nach und setzen auf eine soziale Entwicklung in den Quartieren und Dörfern, investieren in die Verkehrsinfrastruktur, in Kultur-, Sport- und Freizeitangebote.*



## EIN LEBENSWERTES ZUHAUSE

**17,6 Millionen Menschen leben in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen, dass sie sich hier zu Hause fühlen: mitten in belebten Städten, draußen auf dem Land, auf dem Dorf oder am Rande der Stadt, in alten Siedlungen oder jungen Nachbarschaften.**

Das Leben in NRW ist so vielseitig wie die Lebensentwürfe der Menschen, die hier wohnen. Und: Immer mehr Menschen schlagen bei uns Wurzeln. 2013 waren es fast 400.000. Mindestens jeder Zweite zog aus dem europäischen Ausland zu.

So vielfältig die Menschen, so vielfältig sind ihre Bedürfnisse: In NRW leben rund 1,8 Millionen Familien mit Kindern. Jeder fünfte Einwohner NRWs ist bereits älter als 65 Jahre, jede und jeder Vierte hat seine Wurzeln im Ausland und mehr als eine halbe Million sind pflegebedürftig. All diesen Menschen wollen wir ein lebenswertes NRW bieten. Eine Heimat vor der Haustür.

Deswegen setzen wir mit unserer Stadtentwicklungspolitik auf das unmittelbare Wohnumfeld, auf das Quartier und auf das Dorf. Wir wissen: Es kommt darauf an, dass die Menschen sich da wohlfühlen können, wo sie leben. Das fängt bei den

eigenen vier Wänden – egal ob zur Miete oder im Eigentum – an und hört bei der Erreichbarkeit von Kindertagesstätten und Schulen, Ärzten und Lebensmittelläden noch lange nicht auf. Es bedarf auch Orten der Begegnung, des Parks um die Ecke, des Bürgerhauses oder einfach nur der Bank unter der Linde. Vor allem geht es aber darum, das Zusammenleben und den Zusammenhalt zu fördern: in Vereinen, Verbänden und Initiativen, beim Sport oder in der Nachbarschaft. Unser Zuhause, das ist weitaus mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Es ist bunt und vielfältig wie die Menschen selbst, die in NRW leben.

Dafür schaffen wir mit unseren Landesprogrammen bestmögliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Quartiere und Dörfer, für die Verkehrsinfrastruktur, für Kultur-, Sport und Freizeitmöglichkeiten und nehmen die öffentliche Sicherheit ernst.



**Gut und sicher leben – das geht in Nordrhein-Westfalen so gut wie in kaum einem anderen Bundesland. Laut aktuellem „NAWI-D“ (Nationaler Wohstandsindex für Deutschland) fühlen sich die Menschen in NRW überdurchschnittlich wohl: Bundesweit liegt NRW auf Platz vier. Sichere Einkommen, keine Angst vor der Zukunft, gute Kontakte zur Familie – das alles macht NRW lebenswert.**



Foto: dpa



**Den ganzheitlichen Ansatz der Quartiersentwicklung haben wir durch wichtige politische Entscheidungen gestärkt. So können vielfältige Maßnahmen zur Stärkung von Wohnquartieren auf Basis eines integrierten Handlungskonzeptes der jeweiligen Kommune aus mehreren Ressorts der Landesregierung aufeinander abgestimmt finanziert werden. Für die soziale Wohnraumförderung stehen zudem 70 Millionen Euro pro Jahr für die Quartiersentwicklung zur Verfügung.**

### SOZIALE STADT

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ arbeiten wir erfolgreich einer zunehmenden sozialen Spaltung in den Städten entgegen. Mit dem ressortübergreifenden Ansatz, der immer die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort berücksichtigt, ist es vielfach gelungen, die Abwärtsspirale in Problemvierteln zu stoppen. Die Landesregierung hat sich auf Bundesebene mit Erfolg für die Erhöhung der Mittel eingesetzt: Nunmehr stehen dafür bundesweit 150 Millionen Euro im Jahr zur Verfügung. 2011 waren es nur 28,5 Millionen Euro.

### SOZIALER WOHNUNGSBAU

Wir haben die soziale Wohnraumförderung des Landes auf ihre Kernaufgabe zurückgeführt und fördern den preisgebundenen Mietwohnungsbau mit 450 Millionen Euro pro Jahr. Durch attraktive Förderrichtlinien und ein klares Vierjahresprogramm bis 2017 haben wir Planungssicherheit für Investoren geschaffen. Bis 2017 stehen insgesamt 3,2 Milliarden Euro dafür zur Verfügung.

### MIETWUCHER BEKÄMPFEN

Vielorts herrscht in NRW Wohnungsnot, schon Normalverdiener können sich häufig die Miete gerade in Innenstadtlagen nicht mehr leisten. Um dem zu begegnen, hat die Landesregierung eine Mietpreisbremse

eingeführt. In 59 Kommunen dürfen die Vermieter die Miete bei bestehenden Verträgen in drei Jahren nicht stärker als um 15 Prozent anheben – vorher waren bis zu 20 Prozent erlaubt.

### GEGEN VERWAHRLOSUNG

Mit dem Wohnungsaufsichtsgesetz (WAG) haben wir wirksame Rechtsinstrumente geschaffen, die es der kommunalen Wohnungsaufsicht ermöglichen, gegen verantwortungslose Wohnungseigentümer und Wohnungsgesellschaften vorzugehen, die ihre Wohnungsbestände zulasten der Mieterinnen und Mieter verwaarloosen lassen. Im Gesetz werden klare Mindeststandards für Wohnraum definiert, die in Problemfällen den Eingriff der Wohnungsaufsicht ermöglichen und es den Mieterinnen und Mietern erleichtern, ihre Ansprüche hinsichtlich der Qualität des Wohnraums rechtlich geltend zu machen.

### STADTENTWICKLUNG

Mit der Änderung des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften haben wir die Gebietskulissen erweitert. Das Gesetz ermöglicht nunmehr, dass private Investoren und öffentliche Hand auch zur Aufwertung von Wohnquartieren und Stadtteilzentren zusammenarbeiten können. Damit wird eine sinnvolle Ergänzung von Maßnahmen zur positiven Stadt- und Quartiersentwicklung geschaffen.

## INFRASTRUKTUR ERHALTEN

**Eine funktionierende Infrastruktur ist für die Mobilität in NRW unerlässlich. Straßen, Schienenwege und Wasserstraßen bilden das Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung. Millionen Tonnen von Gütern und Millionen Pendler sind tagtäglich in unseren Verkehrssystemen unterwegs.**

### ERHALT VOR NEUBAU

Das Straßennetz in NRW ist eng geknüpft und weist kaum noch Lücken auf. Doch die Straßen und Brücken sind häufig alt und in keinem guten Zustand. Wir setzen nun klare Prioritäten: Erhalt vor Neubau. Wir haben das Landesstraßenerhaltungsprogramm von 76 auf 100 Millionen Euro erhöht (bis 2015), ein Plus von 24 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2010. Doch wir können die Herausforderungen der Zukunft nicht alleine stemmen. Der Zustand vieler Autobahnbrücken ist bedenklich; geschieht hier nichts, droht ein Verkehrskollaps. Hier ist der Bund in der Pflicht. Der Unterhalt der Autobahnen liegt in seiner Verantwortung – wie auch die Schienen- und Wasserwege. Es ist an der Zeit, dass NRW endlich seinen gerechten Anteil an den Bundesmitteln erhält.

### SCHIENENVERKEHR AUSBAUEN

Konkrete Finanzierungszusagen konnten wir hinsichtlich des Rhein-Ruhr-Expresses,

dem Aufbau schneller Regionalverbindungen in der Metropolregion Rhein-Ruhr, erreichen. Auch die zweite wichtige Infrastrukturmaßnahme im Schienenbereich, der Ausbau der Bahnstrecke von Oberhausen nach Emmerich, ist mit einer Finanzierungsvereinbarung über insgesamt 1,5 Milliarden Euro zwischen Land, Bund und Bahn gesichert. Mit dieser sogenannten Betuwe-Line verbessern wir den Anschluss an den Hafen Rotterdam.

### UMWELTVERBUND STÄRKEN

Die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs haben wir modernisiert und mit einer Aufstockung auf 130 Millionen Euro vor allem für den Fortbestand der Schüler- und Semestertickets sowie mit 30 Millionen Euro für die Sozialtickets gesorgt. Unser Aktionsplan Nahmobilität stellt den Rad- und Fußverkehr endlich mit den motorisierten Alternativen gleich und die Planung von Radschnellwegen nimmt konkrete Züge an.



2013 ist eine Million Quadratmeter Logistikfläche in NRW neu entstanden: Zalando in Mönchengladbach, Asics in Krefeld oder Honold Logistik in Aachen gehören zu den größten Ansiedlungen.

# VERKEHRSLAND NORDRHEIN-WESTFALEN

## VERKEHRS- INFRASTRUKTUR:



\*Schätzung 2007

## AKTIV FÜR UMWELT UND VERBRAUCHER

**Auch über den Klimaschutz hinaus ist NRW engagiert im Umwelt- und Verbraucherschutz. Wir wissen: Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen fängt beim mündigen Verbraucher an.**

### VERBRAUCHERZENTRALEN

Nur aufgeklärte Verbraucher können durch bewusstes Verhalten die eigenen Energiekosten senken. Deshalb haben wir uns gemeinsam mit den Kommunen und Kreisen zu einer verlässlichen Förderung der Verbraucherzentralen verpflichtet. Hierfür sieht die Landesregierung jährlich rund 15,9 Millionen Euro vor.

Wir haben als Gesetzgeber außerdem beschlossen, den Verbraucherschutz bis 2015 auszubauen: Mit fünf neuen Beratungsstellen bauen wir das flächendeckende Angebot systematisch auf 62 Beratungsstellen landesweit aus.

### KANALPRÜFUNG VEREINFACHT

Mit der Änderung des Landeswassergesetzes haben wir die Prüfpflicht für Abwasserkanäle auf Wasserschutzgebiete beschränkt und so einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen des Grundwasserschutzes und der Eigentümer von Wohnimmobilien geschaffen.

### VERBANDSKLAGE IM TIERSCHUTZ

Die bessere praktische Wirkung der Tierschutzbestimmungen ermöglichen wir mit der Einführung eines Verbandsklagerechts im Tierschutz. Dieses hat sich im Naturschutz bereits bewährt.



Foto: dpa



**Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren bewiesen: Arbeit und Kultur sind keine Gegensätze, sondern gehören gleichermaßen zu einer vielfältigen Gesellschaft und bereichern diese. Die Ruhr-Festspiele oder die Triennale sind da die augenfälligsten Beispiele, aber daneben gibt es eine einmalige Landschaft aus Theatern, Opernhäusern, Konzerthäusern, Kabarett, Musicalhäusern, Kleinkunsthäusern und Museen, die NRW zum Land der kulturellen Möglichkeiten macht.**

### **DICHTESTE KULTURLANDSCHAFT**

In Nordrhein-Westfalen gibt es 26 öffentlich getragene Theater – darunter vier Landestheater – mit 150 Spielstätten, dazu

38 Privattheater sowie rund 210 freie professionelle Theatergruppen. Drei Landesorchester und 14 sinfonische Klangkörper sorgen für den guten Ton. Die mehr als 100 Kunstmuseen zwischen Rhein und Weser locken die Besucher ebenso wie die mehr als 100 Kunsthäuser, Galerien und Kunstvereine. Landesweit gibt es die erstaunliche Zahl von 1.660 öffentlichen

Bibliotheken, darunter 275 kommunale. Das Land unterstützt die Akteure auf vielfältige Weise und wird dafür in diesem Jahr rund 120 Millionen Euro bereitstellen.

### **KULTUR ZUM MITMACHEN**

Eine große Erfolgsgeschichte ist der „Kulturrucksack“. Das Konzept bietet Mädchen und Jungen schon früh die Möglichkeit, einen altersgemäßen Zugang zur großen Palette des Angebots zu finden. Im Rahmen des Programms können die beteiligten Kommunen ihren jeweils eigenen spezifischen Kulturrucksack für Kinder

und Jugendliche packen. Die Formate der über 600 Projekte reichen von einmaligen Workshops oder regelmäßigen Kursen bis hin zu selbst gestalteten Festivals. Es wird Hip-Hop getanzt, mit Acryl gemalt und gedichtet. Handy-Filme werden gedreht, Kleider gestaltet, Rap-Songs geschrieben und vieles mehr. Die Angebote des Kulturrucksacks sind kostenlos oder stark ermäßigt. Gestartet sind wir mit 28 Pilotprojekten in 55 Städten und Gemeinden, jetzt sind 175 Kommunen dabei. Das Land gibt dafür 2,6 Millionen Euro.

### **THEATER- UND ORCHESTERPAKT**

Um die vielfältige Theater- und Orchesterlandschaft zwischen Rhein und Weser zu erhalten, hat die Landesregierung mit dem Städtetag NRW in Kooperation mit den Intendantinnen und Intendanten, dem Deutschen Bühnenverein und dem NRW Kultursekretariat für Nordrhein-Westfalen einen Theater- und Orchesterpakt vereinbart. Dabei wurde vom Land seit 2011 die Förderung der kommunalen Theater und Orchester von rund 14,5 Millionen Euro um jährlich 4,5 Millionen Euro auf rund 19 Millionen Euro erhöht.

### **„PAKT FÜR DEN SPORT“**

Landesregierung und Landessportbund (LSB) haben 2011 einen „Pakt für den Sport“ geschlossen. Unser Ziel ist es, die Menschen in NRW für Sport und Bewegung zu begeistern und hierfür entsprechende

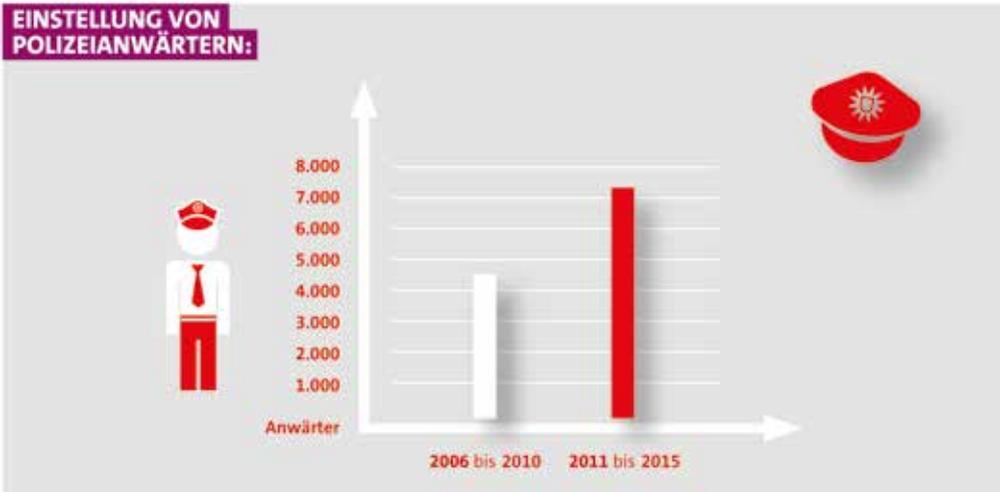
Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Zu „Sport bewegt NRW“ gehören vier Programme „NRW bewegt seine Kinder!“, „Bewegt gesund bleiben in NRW!“, „Bewegt älter werden in NRW!“ und „Spitzensport fördern in NRW!“. Zur Realisierung dieses Ziels erhielt der LSB zum Einstieg in den „Pakt für Sport“ im Jahr 2011 drei Millionen Euro mehr als im Jahr davor.

### **MEHR VIELFALT IN MEDIEN**

Das geänderte Landesmediengesetz setzt neue Impulse, um Medienvielfalt und Qualität auch unter veränderten technologischen sowie gesellschaftlichen Bedingungen zu erhalten und zu stärken. Kernelemente aus dem rot-grünen Koalitionsvertrag werden damit erfolgreich umgesetzt. Konkret heißt das, dass wir mit dem neuen Landesmediengesetz die Unabhängigkeit und Transparenz der Medienkommission fördern, den lokalen und regionalen Journalismus durch eine bei der Landesanstalt für Medien angesiedelte Stiftung stärken und die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung von Medienproduktionen verbessert haben. Die Verbreitung von Bürgermedien wird gefördert – auch über das Internet. Es ist uns gelungen, neue Wege zu gehen, um dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum ZDF-Staatsvertrag nachzukommen und auf die Zusammensetzung der Landesmedienkommission zu übertragen.



Mit 52.000 Medien- und Kommunikationsunternehmen, rund 425.000 Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 125 Milliarden Euro hat sich NRW zum führenden deutschen Medien- und Kreativstandort für Film, Funk und Fernsehen und einem der stärksten in Europa entwickelt.



**Persönliche Sicherheit ist ein hohes Gut: Die Bürgerinnen und Bürger erwarten vom Staat, dass er sie schützt. Das wird nie völlig gelingen – Kriminalität gehört zum Alltag dazu. Doch wir setzen alles daran, sie zurückzudrängen und haben in wesentlichen Bereichen große Fortschritte erzielt. Prävention und Repression sind hier gleichermaßen geboten.**

## **ORGANISIERTES VERBRECHEN**

Entschlossen und mit aller Konsequenz hat das Land dem organisierten Verbrechen den Kampf angesagt: Ob Rocker- oder Einbrecherbanden – gegen sie gehen Polizei und Staatsanwaltschaften vor. Gerade die steigenden Einbruchzahlen verunsichern viele Bürgerinnen und Bürger. Mit gezielten Großrazzien und neuen Ermittlungskonzepten geht das Land dagegen vor.

zu viel. Aber deutlich weniger als im Jahr 2010. Damals starben 550 Menschen. Der Rückgang ist der Erfolg eines umfassenden Konzepts: der 24-Stunden-Blitzmarathon, verstärkte Kontrollen im Alltag, mehr Beratung. Jugendliche werden eindringlich vor den Gefahren gewarnt: Die Crash-Video-Aktionen in den Schulen sind beeindruckend und hinterlassen Spuren. Es hat sich ausgezahlt.

## **WENIGER TOTE AUF DER STRASSE**

NRW ist das sicherste Flächenland im Straßenverkehr. 479 Menschen starben im vergangenen Jahr – immer noch deutlich

## **WIR SICHERN RECHTSFRIEDEN**

Jede Straftat hinterlässt eines oder mehrere Opfer. Wie sie die Tat verarbeiten, wie sie weiterleben, wie ihr Schaden ausgeglichen

wird – das stand bislang nicht unbedingt im Fokus. Das hat sich nun geändert. Im neuen Strafvollzugsgesetz werden den Opfern bestimmter Straftaten (etwa Vergewaltigung oder sexueller Missbrauch) ein Informationsrecht über die anstehende Entlassung oder auch Urlaubszeiten des Täters gewährt. Dafür muss das Opfer einen Antrag stellen. So hat es deutlich mehr Sicherheit und kann äußerst unangenehme Konfrontationen mit dem ehemaligen Peiniger vermeiden.

Seit dem vergangenen Jahr gibt es zudem eine Kooperationsvereinbarung mit den beiden Landesverbänden des Weißen Rings. Hier werden eine fachkundige Begleitung des Opfers zu Verhandlungsterminen sowie zu Terminen im Zusammenhang mit dem Täter-Opfer-Ausgleich-Verfahren sichergestellt, die Zeugenbetreuungsstellen bei Gericht unterstützt und eine Hilfestellung der Justizbehörden bei Fortbildungen in dem sensiblen Bereich organisiert.

## **GLEICHER ZUGANG ZUM RECHT**

Recht zu bekommen ist in vielen Ländern – beispielhaft seien hier die USA genannt – oft eine Frage des Einkommens. Dort können sich oft nur Reiche Anwälte leisten, um sich vor Gericht angemessen vertreten zu lassen. Das darf es in Nordrhein-Westfalen so nicht geben. Deshalb haben wir das Prozesskostenhilfe- und Beratungshilfegesetz so geändert, dass es auch einkommensschwachen Bürgern ermöglicht, ihren Zugang zum Recht zu erhalten. Insbesondere Kranke, Behinderte, Alleinerziehende und Schwangere profitieren davon. Für sie wurden Sonderbedarfe eingeführt.

## **MODERNER STRAFVOLLZUG**

Das alte Recht zum Vollzug der Sicherheitsverwahrung musste nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts reformiert werden. Wir haben das getan und eine ausgewogene Balance zwischen dem berechtigten Anspruch der Öffentlichkeit auf Schutz vor kranken Tätern und dem gebotenen Anliegen auf einen humanen, therapieorientierten Vollzug gefunden. Eines war nach dem Karlsruher Urteil klar: Die Sicherheitsverwahrung muss sich deutlich vom regulären Strafvollzug unterscheiden. Daher haben wir uns bei der Therapie von Standardverfahren verabschiedet und verlangen nun individuell abgestimmte Angebote.

Die Unterbringungssituationen werden verbessert, es gibt konkrete Vorgaben für die Personalausstattung und die Vorbereitung auf die Entlassung wird optimiert – natürlich unter strikter Berücksichtigung des Opferschutzes.

Wir haben als erstes Bundesland eine gesetzliche Regelung für den Jugendarrest geschaffen. In den Anstalten stehen nun Erziehung und Förderung der Jugendlichen im Mittelpunkt, nicht mehr die Sanktionen. Um diese ehrgeizigen Reformen auch umsetzen zu können, haben wir 147 neue Stellen geschaffen – darunter viele Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Darüber hinaus wurden im Bereich der Justizverwaltungen nach dem Motto Gute Arbeit viele befristete Arbeitsverhältnisse in unbefristete umgewandelt – alleine in den vergangenen zwei Jahren war das bei 350 Stellen der Fall.

## **VERSprochen**

Wir wollen in NRW starke und lebenswerte Städte und Regionen schaffen und sehen dabei die Stadtentwicklung als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe: vorsorgend, stadtteilorientiert und sozial sowie für jeden erreichbar.

## **ERREICHT**

- Kein anderes Bundesland investiert so viel in den sozialen Wohnungsbau wie NRW: bis 2017 rund 3,2 Milliarden Euro. Mehr als zehn Prozent aller Mietwohnungen in NRW sind Sozialwohnungen – auch hier liegt NRW vorn.
- 171 Millionen Euro pro Jahr stehen für die Städtebauförderung in NRW (2013 bis 2017) und noch mal 120 Millionen Euro pro Jahr für die Quartierentwicklung zur Verfügung.
- Mit unserem Wohnungsaufsichtsgesetz gehen wir gegen verwahtes Wohneigentum vor, zum besseren Schutz der Mieter gegen Mietwucher haben wir eine Mietpreisbremse eingeführt.
- 130 Millionen fließen jährlich in die kommunalen Straßen, 95 Millionen Euro in den Erhalt der Landesstraßen. 2013 zahlte das Land außerdem 12 Millionen Euro für 92 neue Projekte für Fußgänger und Radfahrer.
- 120 Millionen Euro Landeszuschuss stehen bis 2017 für den Umbau von Bahnstationen zur Verfügung: Zwei Drittel der 691 Bahnstationen in NRW sind dann barrierefrei und sicher. Dreiviertel der bundesweit rund 100 Fahrradstationen sind in NRW.
- Unsere Verkehrssicherheitsprogramme wirken: Mit 27 Verkehrstoten je eine Million Einwohner weist NRW die niedrigste Zahl aller bundesdeutschen Flächenländer auf.
- Mit unserem neuen Jugendarrestgesetz und der Novellierung des Strafvollzugsgesetzes modernisieren wir den Strafvollzug konsequent.

## **VORHABEN**

- Unser neues Kulturfördergesetz wird mehr Transparenz und Planungssicherheit in der Kulturförderung bringen, auch für Kommunen im Nothaushalt.
- Unser „Pakt für den Sport“ gilt, trotz schwieriger Haushaltssituation.

## **DAS WILL DIE OPPOSITION**

Nachdem CDU und FDP in ihrer Regierungszeit schon die Mietwohnungsbestände des Landes an Immobilienhaie verkauft haben, wenden sie sich heute gegen die Mietpreisbremse und die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumförderung.



# #5 STARKE STÄDTE – STARKES LAND



IN NORDRHEIN-WESTFALEN WAREN

2011 NOCH 144 STÄDTE  
UND GEMEINDEN  
IM NOTHAUSHALT.

2013 WAREN ES NUR NOCH **4 KOMMUNEN.**



*Unser größtes Potenzial sind die Menschen und ihr Engagement vor Ort in den Kommunen. Sie engagieren sich in der Feuerwehr, im Sportverein oder helfen ehrenamtlich älteren Nachbarn. Sie ergreifen Initiative für die Demokratie und in der Zivilgesellschaft und stärken damit unsere Städte und Gemeinden. Wir wiederum stärken unsere Gemeinden und Städte, sie sind für uns Partner auf Augenhöhe und keine Bittsteller. Nur gemeinsam können wir neue Wege gehen: bei der Weiterentwicklung der lokalen Demokratie, der Gestaltung eines fairen kommunalen Finanzausgleichs und der Realisierung von verlässlichen Finanzhilfen für Not leidende Kommunen. Starke Städte und Gemeinden sind unverzichtbare Säulen für ein starkes und gerechtes Nordrhein-Westfalen.*



## STARKE STÄDTE, STARKES LAND

**Die Kommunen sind das Fundament unserer Gesellschaft. Diese Städte und Gemeinden sind Heimat der Menschen. Hier zeigt sich täglich, wie vielfältig und lebenswert unser Nordrhein-Westfalen ist.**

Die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben, die soziale und gesellschaftliche Teilhabe müssen deswegen dort gestaltet werden, wo die Menschen leben. Daher wollen wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunen lebenswerte Wohnquartiere gestalten und weiterentwickeln. Das Quartier ist der Ort, an dem sich gesellschaftliche Solidarität entfalten kann. Wer mitbestimmt, übernimmt Verantwortung für das Gemeinwesen. Jede Stärkung der Demokratie ist zugleich eine Stärkung der Zivilgesellschaft, deshalb setzen wir gleichermaßen auf die Weiterentwicklung der direkten Demokratie sowie der Vertretungen auf der kommunalen Ebene.

„Stadt und Land – Hand in Hand“ heißt für uns auch, dass Kreise, Städte und Gemeinden für uns Partner auf Augenhöhe sind,

nicht Bittsteller. Deshalb setzen wir unsere Politik fort, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken. Fast ein Drittel des Landeshaushaltes kommt ihnen zugute. Wir ducken uns nicht weg, wenn es um finanzielle Hilfen für unsere Städte und Gemeinden geht.

Denn wir wissen: Nur wenn wir die Situation in unseren Städten und Gemeinden verbessern, wird NRW stärker und gerechter. Deshalb haben wir den Aktionsplan „Kommunal Finanzen“ und den Stärkungspakt „Stadt Finanzen“ aufgelegt. So helfen wir Not leidenden Kommunen aus der finanziellen Schieflage heraus. Partnerschaft auf Augenhöhe, gemeinschaftliches Anpacken, ein fairer Finanzausgleich und die Einbeziehung von Betroffenen als Beteiligte, das sind die Markenzeichen der kommunalfreundlichen Politik der SPD-Fraktion.



Nordrhein-Westfalen ist entwicklungspolitischer Standort Nummer 1 in Deutschland: weil ehrenamtliches Engagement hier groß geschrieben wird. In NRW sind circa 3.000 Eine-Welt-Gruppen aktiv und damit deutschlandweit die meisten. Am internationalen Standort Bonn sind die wichtigsten entwicklungspolitischen Einrichtungen des Bundes und zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen angesiedelt – national und international.



Foto: dpa

## FINANZIELLE ENTLASTUNG DER KOMMUNEN DURCH DAS LAND SEIT 2010



### FINANZIELL HANDLUNGSFÄHIG

Die Städte und Gemeinden in unserem Land sind der Ort, wo die Politik konkret und unmittelbar erlebt wird. Die Bürgerinnen und Bürger spüren es direkt, wenn zu wenig Geld da ist: Bäder und Bibliotheken werden geschlossen, die Infrastruktur bröckelt, es wird kaum noch investiert. Das

war die Lage, als wir 2010 die Regierung übernommen haben.

CDU und FDP hatten mit beiden Händen in die Kassen der Kommunen gegriffen und ihnen damit die Luft zum Atmen genommen. Wir haben das beendet und machen die Kommunen wieder handlungsfähig.

## **KOMMUNALER STÄRKUNGSPAKT**

Mit dem Stärkungspakt „Stadtfinanzen“ haben wir ein bis dahin einmaliges Programm aufgelegt, um finanziell angeschlagenen Kommunen wieder auf die Beine zu helfen. Kommunen in der „Vergeblichkeitsfalle“, in denen jede Konsolidierungsanstrengung bis dahin nutzlos erschien.

Für die 61 teilnehmenden Städte und Gemeinden, darunter Oberhausen und Hamm aber auch Löhne, Monschau und Marsberg, wurde ein Paket von insgesamt 5,76 Milliarden Euro geschnürt. 85 Prozent (davon 17 Prozent zusätzlich über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG)) dieser Summe werden vom Land NRW allein geschultert, nur etwa 13 Prozent müssen auf dem Weg eines befristeten Solidarbeitrags von den besonders starken Städten

und Gemeinden aufgebracht werden. Die Erfolge sind erkennbar: Erstmals seit Jahrzehnten haben alle Kommunen die Chance, der Schuldenfalle zu entkommen. Und sie nutzen sie.

## **FAIRER FINANZAUSGLEICH**

Sofort nach dem Regierungsantritt von Rot-Grün im Jahr 2010 haben wir den Kommunen ihren Anteil an der Grunderwerbsteuer zurückgegeben und gleichzeitig ihre Beteiligung an der Sanierung des Landeshaushalts gestrichen: So kommen jetzt jährlich etwa 300 Millionen Euro mehr bei den Kommunen an.

Wir gestalten den Finanzausgleich fair und transparent. Durch die zeitnahe Anpassung der Grunddaten sorgen wir dafür, dass jede Stadt und jede Kommune den Anteil an der Gemeindefinanzierung



Foto: dpa



erhält, der ihrer aktuellen Steuerkraft und ihrer aktuellen Belastung mit pflichtigen Sozialausgaben entspricht. Wir stehen auch in schwierigen Zeiten zu unserem Wort und stellen den Städten und Gemeinden ihren vollen Anteil an den Steuereinnahmen des Landes zur Verfügung. Mit 23 Prozent an den wichtigsten Steuereinnahmen bleibt der Verbundsatz unverändert. Im laufenden Jahr hat die Gemeindefinanzierung so mit 9,4 Milliarden Euro einen Rekordwert seit Bestehen des Landes erreicht. Das sind rund zwei Milliarden Euro mehr als noch vor dem Regierungsantritt von Rot-Grün.

### **EINHEITSLASTENSTREIT BEENDET**

Die alte Berechnung der schwarz-gelben Vorgängerregierung zur Verteilung der Einheitslasten zwischen Land und Kommunen verstieß gegen die Verfassung und kostete die Kommunen sehr viel Geld. Wir haben diese Schieflage austariert und den Städ-

ten und Gemeinden die zu viel gezahlten Beträge obendrein zurückgegeben: Für die falsch berechneten Jahre 2007 bis 2011 rund 275 Millionen Euro, für das Jahr 2012 haben wir in diesem Jahr netto 145 Millionen Euro zurückerstattet und für die kommenden Jahre beträgt die Entlastung pro Jahr zwischen 130 und 155 Millionen Euro.

### **ANWALT DER KOMMUNEN**

Für unsere Kommunen haben wir beim Bund durchgesetzt, dass er die ständig steigenden Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernimmt. Seit 2014 trägt der Bund nun die Kosten für diese Leistung selbst und entlastet so allein die Kommunen in NRW um rund eine Milliarde Euro jährlich. Wir bleiben dran: Auch an den Kosten der Eingliederungshilfe soll sich der Bund vereinbarungsgemäß beteiligen und so fünf Milliarden ab 2017 bundesweit zusätz-

lich schultern. Und: Schon 2015 und 2016 wird als Zwischenlösung eine Milliarde jährlich an die Kommunen fließen. NRW erhält rund 250 Millionen Euro. Davon werden besonders die Kommunen profitieren, die unter drängenden Finanzproblemen leiden.

## **KOMMUNALE DEMOKRATIE**

CDU und FDP hatten die Wahl der Stadt- oder Kreisspitze von der Wahl der Stadträte und Kreistage entkoppelt. Das hat der Akzeptanz der Demokratie nicht gut getan – ebenso wenig wie die Abschaffung der Stichwahl. Wir haben diese getrennten Wahlen wieder zusammengelegt. Etwa die Hälfte der (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Landrätinnen und Landräte nutzte bereits 2014 die Möglichkeit, alle Wahlen an einem Termin zusammenzulegen. 2020 wird es für alle Kom-

munen im Land gelten. Es gibt so wieder klare Regelungen, die die Verantwortungsgemeinschaft zwischen Ratsmandat und Bürgermeisteramt stärken und gleichzeitig dafür sorgen, dass nur der- oder diejenige an der Spitze einer Kommune steht, der oder die mehr als die Hälfte der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Und: Wir haben sichergestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger die Stadtspitze oder Landräte abwählen können, wenn sie sich als unfähig erwiesen haben.

## **BÜRGERBETEILIGUNG GESTÄRKT**

Mit der Absenkung der Hürden für ein Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid sowie der Ausweitung der Fragen, über die entschieden werden kann, haben wir die direkte Bürgerbeteiligung gestärkt. Wir setzen damit auf die Verantwortungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.



# STARKES EHRENAMT, GESTÄRKT ZUSAMMENARBEIT

## KOMMUNALES EHRENAMT

Die Bürgergesellschaft lebt von dem Engagement ehrenamtlich tätiger Frauen und Männer – auch und gerade in den kommunalen Gremien. Wir sind deshalb dabei, vor allem für berufstätige Menschen die Rahmenbedingungen zu verbessern, um ein solches Mandat wahrnehmen zu können.

## STARKE REGIONEN

Mit dem Gesetz zur Stärkung des Regionalverbands Ruhr (RVR) wollen wir die Kooperation der Städte in dieser Region stärken. Der RVR bekommt mehr Kompetenzen, etwa bei der Verkehrsplanung, und soll auch kommunale Aufgaben übernehmen können. Wichtig: Auch andere Regionen

sind eingeladen, um sich stärker zuzuschließen. Mit der Novellierung des Zweckverbandrechts senken wir dafür die Hürden.

## EUROPA – MITTENDRIN

Nordrhein-Westfalen liegt in der Mitte Europas und hat vielfältige Beziehung zu den Nachbarstaaten, insbesondere in den Beneluxraum. Europa muss jeden Tag gelebt werden, daher sind Kontakte auf kommunaler Ebene besonders wichtig und wertvoll. Die Landesregierung hat nun erstmals 25 Städte und Kreise als Europa-aktive Kommune ausgezeichnet. Vor Ort zeigen viele Initiativen und Beispiele, wie Europa ganz praktisch funktioniert – von Mensch zu Mensch.



Foto: dpa

## VERSprochen

Wir reden mit den Kommunen auf Augenhöhe. Sozillasten, Strukturwandel und fehlende Einnahmen überfordern die Finanzkraft vieler Kommunen. Damit lassen wir unsere Städte und Gemeinden nicht allein.

## ERREICHT

- 2012 waren noch 144 Städte und Gemeinden im Nothaushalt, inzwischen sind es nur noch vier in ganz NRW.
- Den kommunalen Finanzausgleich haben wir um rund 300 Millionen Euro aufgestockt und weiterentwickelt. 2014 haben wir so den Rekordwert von 9,4 Milliarden Euro erreicht. Rund 2 Milliarden Euro mehr als noch 2010.
- Die Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten haben wir neu geregelt und den kommunalen Beitrag um rund 140 Millionen Euro im Jahr abgesenkt.
- Mit dem Stärkungspakt „Stadtfinanzen“ erhalten Kommunen in besonderen Notlagen seit 2011 bis 2021 insgesamt rund 5,76 Milliarden Euro zur Haushaltssanierung.
- Durch die von NRW gegenüber dem Bund durchgesetzte Übernahme der Grundsicherung und durch die Beteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe werden die Kreise, Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe entlastet: 2014 um rund 1 Milliarde Euro, ab 2015 werden es schon 1,3 Milliarden Euro sein.
- Durch die Wiedereinführung der Stichwahl, die Einführung der Möglichkeit der Abwahl und die gemeinsame Wahl von Stadtspitze und Stadtrat haben wir die kommunale Demokratie gestärkt und geben den Bürgerinnen und Bürgern durch die Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und -entscheide mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten.
- „Privat vor Staat“ haben wir ein Ende gesetzt und durch die Reform des Gemeindefinanzrechts Stadtwerken und anderen kommunalen Betrieben wieder die Entscheidungsfreiheit gegeben, die sie brauchen, um im Wettbewerb zu bestehen.

## VORHABEN

**Auch in schwierigen Zeiten gilt: Wir sparen nicht auf Kosten der Kommunen.** Und wir stellen sicher, dass auch die finanzschwachen Kommunen an wichtigen Förderprogrammen teilnehmen können.

## DAS WILL DIE OPPOSITION

Nachdem CDU und FDP in ihrer Regierungszeit den Städten und Gemeinden mehr als drei Milliarden Euro entzogen und ihnen damit die Luft zum Atmen genommen haben, zeichnen sie sich heute durch Untätigkeit aus – keine einzige Maßnahme konnte verlässlich auf die dauerhafte Unterstützung der Oppositionsparteien bauen.



#6

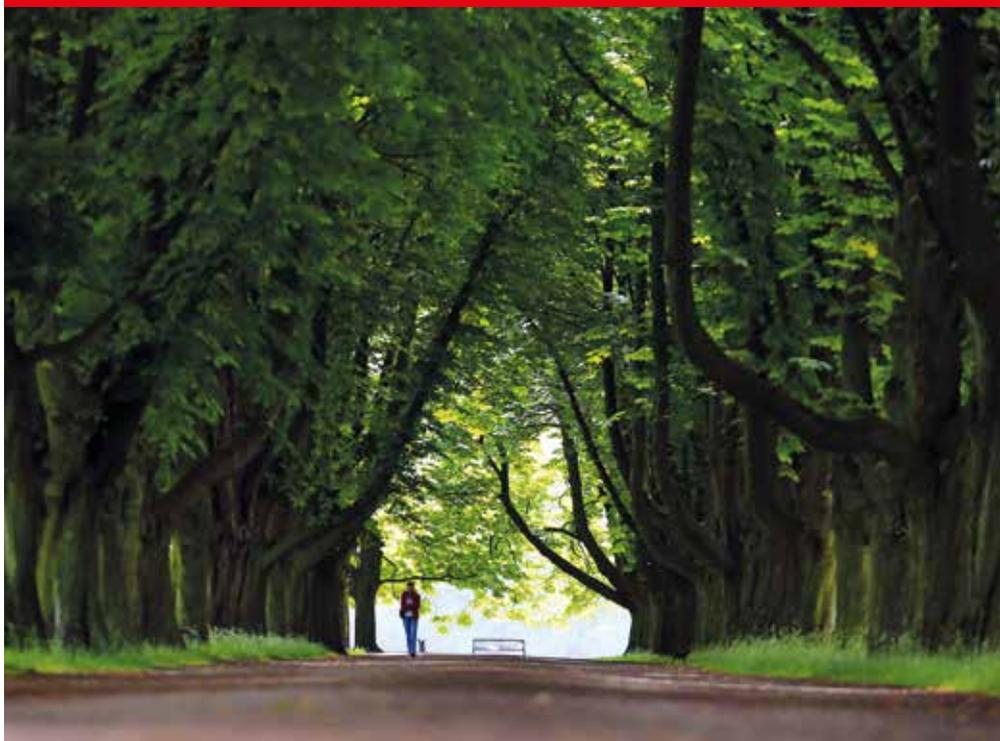
# SOLIDE HAUSHALTEN FÜR DIE ZUKUNFT

INS NEUE JAHRZEHNT IST NORDRHEIN-WESTFALEN

MIT 6,6 MILLIARDEN EURO  
NETTOVERSCHULDUNG  
GESTARTET.

WIR HABEN DIESEN BETRAG **HALBIEREN UND AUF  
3,2 MILLIARDEN EURO** ZURÜCKFÜHREN KÖNNEN.

*Der wirtschaftliche Strukturwandel, seine Anpassungsprozesse und sozialen Transferleistungen haben ihre Wirkung auch in den öffentlichen Haushalten von Land und Kommunen hinterlassen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sind hohe Sozialleistungsquoten, aufgelaufene Altdefizite und Sanierungsstau in der öffentlichen Infrastruktur nur drei Befunde, die die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte in NRW wesentlich einschränken. Wir begegnen dem neben unserem präventiven Ansatz in der Haushaltspolitik und einer Konzentration auf Zukunftsinvestitionen mit einem klaren Konsolidierungskurs. Aber: Die Stärkung der Einnahmebasis durch eine auskömmliche und gerechte Gestaltung des Steuersystems, einen gerechten (Länder-)Finanzausgleich sowie eine Entlastung der Kommunen von Sozialtransferleistungen sind für eine dauerhafte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in NRW unerlässlich.*



## SOLIDE FINANZEN FÜR DIE ZUKUNFT

### NRW ist ein starkes Land, aber die Anstrengungen im Strukturwandel sind nicht spurlos an der Landeskasse und den kommunalen Haushalten vorübergegangen.

Um Strukturbrüche wie in Mittelengland oder der Wallonie zu verhindern, ist viel in die soziale Abfederung für die Beschäftigten und in die Förderung von Innovationen und Infrastruktur investiert worden. Gleichzeitig hat NRW die wirtschaftliche Entwicklung anderer Bundesländer – unter anderem Bayern – über den Länderfinanzausgleich und den Aufbau Ost immer solidarisch unterstützt.

Das war richtig und findet seine Fortsetzung in unserer vorsorgenden Sozial- und Bildungspolitik: Wir warten nicht, bis hohe Reparaturkosten auf uns zukommen, sondern setzen da an, wo mit stabilisierenden Maßnahmen, Förderung und Integration viel erreicht werden kann.

Die grundgesetzlich für 2020 festgelegte Schuldenbremse zwingt uns auf einen

strengen Konsolidierungskurs. Wir werden das Land jedoch nicht kaputt sparen, wenn es um Zukunftsinvestitionen in Bildung, Kinder und Kommunen geht. Richtig ist: Wer Haushalte dauerhaft konsolidieren will, muss heute in diese Bereiche investieren.

Das sieht auch die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen so: „Wo gute Bildung Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit maßgeblich fördert und junge Menschen gut auf das weitere Leben, insbesondere Berufsleben, vorbereitet, profitieren davon auch die öffentlichen Haushalte.

Nur in einem wirtschaftlich starken Land, in dem Unternehmen gut qualifizierte Fachkräfte und die Menschen Beschäftigung finden, sind die Einnahmen der öffentlichen Hand stabil.“

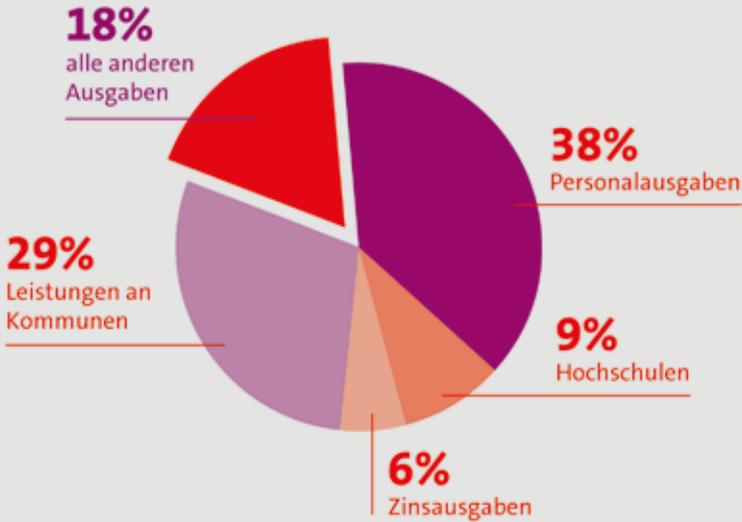


**Bestnote AAA:** Die Ratingagentur Fitch Ratings bescheinigt dem Land Nordrhein-Westfalen erneut eine solide und konsequente Haushaltspolitik und die langfristige Bonität mit der Bestnote AAA (mit stabilem Ausblick). Beim Kurzfrist-Rating wird mit F1+ ebenfalls das beste Rating erreicht. Wie Fitch haben auch die übrigen Ratingagenturen die Haushaltspolitik des Landes mit Top-Noten beurteilt.



Foto: dpa

## AUSGABENVOLUMEN DES LANDES 2014:



### **DIE ‚FALLENDE LINIE‘ STEHT**

Mit Regierungsantritt hat die neue rot-grüne Landesregierung von der schwarz-gelben Vorgängerregierung eine jährliche Nettoneuverschuldung von mehr als sechs Milliarden Euro übernommen. Eine schwere Erblast. Wir tragen diese Jahr für Jahr konsequent ab, ohne dabei die wichtigen Zukunftsinvestitionen in Bildung, Kinder und Kommunen zu vernachlässigen.

Zusätzliche Steuereinnahmen nutzen wir nicht für zusätzliche Projekte, sondern um die Höhe der Neuverschuldung zu reduzieren. Strukturelle Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe kommen hinzu. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Zwischen 2010 und 2014 haben wir die Neuverschuldung um 52 Prozent von 6,6 auf

3,2 Milliarden Euro reduzieren können. Die Unternehmensberatung PwC, die jährlich die Konsolidierungserfolge der Bundesländer bewertet, sieht NRW in ihrem Länderfinanzbenchmarking 2014 deshalb auf Konsolidierungskurs.

### **MEHR AUS NRW FÜR NRW**

In der Diskussion um die Neujustierung des Länderfinanzausgleichs vertreten wir die klare Haltung, dass die Wertschöpfung, die mit harter Arbeit hier in NRW erzielt wird, auch hier stärker zu einer entsprechenden Steuerentwicklung führen muss. Unser Land hat unter allen Bundesländern die fünfthöchsten Steuereinnahmen pro Kopf der Bevölkerung, aber durch die vielen föderalen Umverteilungsmechanismen landen wir auf dem letzten Platz. Hier wol-

len wir ansetzen und dies zugunsten der Menschen in NRW verändern. Das ändert nichts an unserer Solidarität mit anderen Bundesländern. Aber die Zeit, in der Land und Kommunen in NRW Kredite aufnehmen, um die Überschüsse andernorts zu bezahlen, muss ein Ende haben.

Auch bei den Fördermitteln des Bundes treten wir nicht als Bittsteller auf, aber wir bestehen auf den Anteil, der uns rechnerisch zusteht – so zum Beispiel für Verkehrsinfrastruktur und Forschung.

## STEUERGERECHTIGKEIT

Im Bundesrat haben wir das Steuerabkommen mit der Schweiz und damit die amtliche Amnestie für Steuerhinterzieher erfolgreich verhindert. Durch den Kauf von sogenannten Steuer-CDs steigt gleichzeitig der Druck auf diejenigen, die an der Steuer vorbei Geld auf Schweizer Konten geschafft haben. Rund 16.500 Selbstanzeigen zeigen, dass diese Vorgehensweise richtig ist, bis der Bund ein transparentes und faires Abkommen mit der Schweiz abgeschlossen hat.

# DIE AUSWIRKUNGEN DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2013



Quelle: Finanzministerium NRW

# BESCHÄFTIGUNG UND MITBESTIMMUNG

## BESCHÄFTIGUNGSSICHERUNG

Mit rund 42 Prozent machen die Personalkosten (mit Hochschulpersonal) einen großen Teil des Haushaltsvolumens in NRW aus. Eine Konsolidierung kann diesen Kostenblock nicht komplett ausblenden.

Aber wir wissen auch: Ein breiter Stellenabbau – beispielsweise bei Lehrerinnen und Lehrern sowie Polizistinnen und Polizisten – würde dem Land schaden und die Kolleginnen und Kollegen zusätzlich belasten. Deswegen setzen wir auf Beschäftigungssicherung und haben den pauschalen Personalabbau von 1,5 Prozent zurückgenommen sowie Langzeitbefristungen in ordentliche Anstellungen umgewandelt.

Unsere konsequente Stafflung hat das Verfassungsgericht verworfen, mit den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes und den Vertretungen der Beamtenschaft haben wir jedoch für die Jahre 2013/2014 nun eine Einigung über die in den oberen Besoldungsgruppen reduzierte Übertragung des Tarifabschlusses erzielt, die mit Recht als vorbildlich bezeichnet wird.

## MITBESTIMMUNGSLAND

Ein motivierter und leistungsfähiger öffentlicher Dienst setzt eine Kultur der Mitbestimmung voraus. Deswegen haben wir das Landespersonalvertretungsgesetz reformiert und modernisiert. NRW geht damit als Mitbestimmungsland Nummer 1 mit gutem Beispiel voran. Die Vertretung von Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertretern in den fakultativen Aufsichtsräten der kommunalen Unternehmen haben wir darüber hinaus nun gesetzlich abgesichert.

## WESTLB-ABWICKLUNG IM PLAN

Bis 2016 muss die WestLB nach den Vorgaben der EU-Kommission abgewickelt sein. Dies sehen auch die Vereinbarungen zwischen den früheren Eigentümern, Land und Sparkassenverbänden, so vor. Um die notwendigen Maßnahmen zu ermöglichen, haben wir 2012 eine Milliarde Euro bereitgestellt und statten die für den Abverkauf der Risikopapiere gebildete Abwicklungsanstalt mit entsprechenden Finanzmitteln aus. Bisher konnte das Ziel einer vergleichsweise kostenschonenden Abwicklung eingehalten werden.



Foto: dpa

## **VERSprochen**

Unsere Politik der Konsolidierung des Landeshaushalts setzt deshalb auf den Dreiklang von Sparen, Zukunftsinvestitionen und Einnahmeverbesserungen.

## **ERREICHT**

- Die „fallende Linie“ steht: Zwischen 2010 und 2014 konnten wir die Nettoneuverschuldung um 3,4 Milliarden Euro\* reduzieren. Das sind 52 Prozent weniger als noch 2010.
- An Zukunftsinvestitionen wird nicht gespart – wir investieren weiter in Bildung, Kinder und Kommunen: In der Schule wird trotz zurückgehender Schülerzahlen jede durch den demografischen Wandel frei werdende Lehrerstelle wieder besetzt; in die Kita fließt eine Milliarde Euro mehr als 2010, in die Kommunen sogar über das Gemeindefinanzierungsgesetz mehr als zwei Milliarden Euro mehr.
- Die Abschaffung der Gebühren für das Studium und das letzte Jahr der Kita mit einem Volumen von 400 Millionen Euro haben wir voll gegenfinanziert mit einer 1,5-prozentigen Erhöhung der Grunderwerbssteuer.
- Mit dem neuen Landespersonalvertretungsrecht sind wir Mitbestimmungsland Nummer 1 in Deutschland. Langzeitbefristete Stellen, Leiharbeit und Kettenverträge haben wir kostenneutral entfristet.

## **VORHABEN**

- Unsere erfolgreiche vorsorgende Politik werden wir fortsetzen.
- Bis 2017 sparen wir voraussichtlich eine Milliarde Euro strukturell im Landeshaushalt ein und sorgen dafür, dass NRW die Schuldenbremse einhält.

## **DAS WILL DIE OPPOSITION**

Populistisch und unseriös: Während die Haushaltspolitiker von CDU und FDP pauschale Personalkürzungen von 1,5 Prozent pro Jahr und Förderkürzungen von 20 Prozent bis 2020 beantragen, fordern die Fachpolitiker mehr Lehrer und mehr Polizeibeamte, mehr Richter und mehr Geld für die Kommunen.

\* Planzahlen





HERAUSGEBER:

## **SPD-FRAKTION IM LANDTAG NRW**

Marc Herter MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Bezugsadresse/V.i.S.d.P.:  
SPD-Fraktion im Landtag NRW  
Pressestelle  
Frank Uferkamp  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
fon: 0211 – 884 2239  
fax: 0211 – 884 2853  
mail: [spd-presse@landtag.nrw.de](mailto:spd-presse@landtag.nrw.de)

oder unter  
[spd-fraktion@landtag.nrw.de](mailto:spd-fraktion@landtag.nrw.de)  
[www.spd-fraktion-nrw.de](http://www.spd-fraktion-nrw.de)

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion im Landtag NRW dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.  
Stand: September 2014



[www.spd-fraktion-nrw.de](http://www.spd-fraktion-nrw.de)